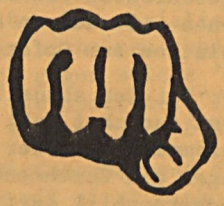
BEITRÄGE ZUR VIETNAM-WOCHE



vom 5.6. bis 9.6. '72
in Darmstadt

Inhalt

Vorbemerkung S. 1
Kundgebungsbeitrag 1 S. 5
Globalstrategie des Imperialismus S. 9
"Entwicklungshilfe der BRD S. 15
Imperialismus und Ostpolitik S. 18
Kundgebungsbeitrag 2 Zweite Fornt gegen den Imperialismus S. 21

DARMSTÄDTER STUDENTEN ZEITUNG

ALS VORBEMERKUNG

»Linke Astrologie« und «Leithammelei» oder ML-Gruppen in Aktion

"Hütet Euch vor den Leuten, die Euch predigen, Ihr müßtet die Große Ordnung verwirklichen. Das sind Pfaffen. Sie lesen wieder einmal etwas in den Sternen, was Ihr machen sollt. Jetzt seid Ihr für die große Unordnung da, dann sollt Ihr für die Große Ordnung da sein. In Wirklichkeit handelt es sich für Euch doch darum, Eure Angelegenheiten zu ordnen; das machend schafft Ihr die Große Ordnung. ... Hütet Euch die Diener von Idealen zu werden; sonst werdet Ihr schnell die Diener von Pfaffen sein" (B. Brecht (1))

Vom 5. bis zum 9. Juni 1972 organisierten mehrere im "Vietnam-Komitee" zusammengefaßte sozialistische Gruppen eine Solidaritätswoche mit dem Befreiungskampf der indochinesischen Völker. Diejenigen Teach-in und Kundgebungsbeiträge, die für die Strategiediskussion innerhalb der sozialistischen Linken hier in Darmstadt von Bedeutung sein könnten, sind in diesem Heft abgedruckt.

I

Mit der Indochina-Woche sollte über Diskussionen und Fotoausstellungen in der Stadt, ein Teach-in in der Technischen Hochschule und eine abschließende Demonstration und Kundgebung versucht werden, in der Darmstädter Bevölkerung eine Gegenöffentlichkeit herzustellen zu der als objektiver Berichterstattung ausgegebenen Zweckpropaganda der bürgerlichen Presse.

Da es sich in Vietnam nur vordergründig um einen lokalen Konflikt handelt, kann eine auf die politischen Zusammenhänge und Hin-

(1) B. Brecht, "Meti" - in: Werke, Ffm. 1967, Bd. 12, S. 507

tergründe des Krieges zielende Information nicht dabei stehen bleiben, auf die Politik der Vereinigten Staaten und ihrer Saigoner Statthalter einzugehen. Aus diesem Grunde mußte auch untersucht und dargestellt werden, welche Rolle in der imperialistischen Globalstrategie von den Juniorpartnern der Vereinigten Staaten eingenommen wird, hier insbesondere von der Bundesregierung.
Vor diesem Hintergrund erst - der Verschärfung der Klassenkämpfe von unten und ihrer politischen Organisierung in den kapitalistischen Metropolen und den von diesen abhängig gehaltenen Ländern auf der einen Seite, und den Strategien der internationalen Konterrevolution auf der anderen Seite - vor diesem Hintergrund erst hebt sich der Mythenschleier um die bundesdeutsche "Entwicklungshilfe" und um den "Friedenskanzler" Willy Brandt und zeigt sich dann die materielle Basis von "Auslandshilfe" und "neuer Ostpolitik" (2).

Mehr noch: Es müßte gerade jenem Teil der westdeutschen Linken, der uneingeschränkt weil unbefragt die Außenpolitik der SPD bejaht, deutlich werden, daß die von gleicher Stelle vorangetriebene Linkenhatz nur die andere Seite der Medaille zeigt: In dem Maße, wie durch die Ostpolitik die zuvor verteufelten Kommunisten jedenfalls nach außen salonfähig werden, und eine jahrelang behauptete "Bedrohung aus dem Osten" nicht länger sich verkaufen läßt, muß mit Rücksicht auf den ideologischen Bestand "unserer Marktwirtschaft" das Schreckbild eines inneren Feindes ausgebaut werden, was zweifellos gelingt.

Die antiimperialistische Woche hatte also auch den Zweck, die Diskussion in der Darmstädter Linken endlich wieder aufzunehmen, um langfristig die Trennung zwischen Hochschul-, Stadtteil- und Betriebspolitik und antiimperialistischer Aufklärungsarbeit sowie sämtlichen unterschiedlichen Ansätzen in diesen Bereichen aufzuheben. Die Notwendigkeit,eine solche Strategie gemeinsam zu entwickeln, ist uns letztlich von der Gegenseite auf die Tagesordnung gesetzt.

II

Daß es dem "Vietnam-Komitee" indessen nicht gelang, auch nur ein einziges gemeinsames Flugblatt herauszugeben, das alle beteiligten Gruppen hätten unterschreiben können, weist auf die augenblickliche theoretische und folglich politisch-praktische Zersplitterung und Uneinheitlichkeit der sozialistischen Linken, und damit die Gefahr, daß diese Linke vollends der geschlossen von SPD/FDP und CDU/CSU vorgetragenen präventiven und permanenten Konterrevolution zum Opfer fällt.

Allerdings: Bei der aktuellen Notwendigkeit einer - wenn zunächst wohl auch nur punktuellen - Zusammenarbeit der sozialistischen Gruppen gegen die Zunehmende Faschisierung in der Bundesrepublik darf nicht vergessen werden auszumachen und einzugestehen, mit welcher dieser Gruppen eine Zusammenarbeit problematisch ist.

Dies dürfte all jene 'marxistisch-leninistischen' Grüppchen betreffen, die durch den Zusatz 'ML' selbstsicher auf die 'Klassiker' der materialistischen Dialektik sich berufen, mit diesen aber nichts als den Namen gemein haben und nur von Glück sagen können, daß Marx, Engels und Lenin ihnen nicht persönlich antworten können:

Die Auseinandersetzung im "Komitee" bzw. während des Teach-ins, und hier die Diskussionen über die Außenpolitik der Sowjetunion und der Volksrepublik China haben einmal mehr gezeigt, daß bei den ML-Gruppen die materialistische Dialektik nicht Ansatz ist zur Analyse der konkreten gesellschaftlichen Situation, daß die Theorie nicht "*innerhalb konkreter Zustände und an bestehenden Verhältnissen klargemacht und entwickelt*" wird (3), sondern heruntergebracht worden ist zu einer griffigen Schablone, nach der dann die Geschichte zurechtgestutzt wird.

Das Teach-in vom 6. Juni offenbarte so die geradezu groteske Situation, daß die verschiedenen ML-Fraktionen sauber voneinander abgesetzt, blumenbeet-artig sich in den Reihen des Audi-Max niedergelassen hatten, um - jede von ihrem "Standpunkt" aus - die einzelnen Redner mit Beifall oder Mißfall zu bedenken, je nachdem, welche "Linie" dieser grad vertrat.

Gleichgültig welcher ideologischen Provenienz - diese Genossen müssen in jedem Fall den Vorwurf sich gefallen lassen, einen "*verkrampften Marxismus*" (4) zu verkündigen, statt materialistische Analysen und daraus abgeleitete Strategien vorzulegen, einen 'Marxismus', der sich auszeichnet "*durch*

---

(2) Die in diesem Heft vorliegenden thesenhaften Bemerkungen zur Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung und zur Strategie der USA sind in zwei Beiträgen zum Problem der Friedensstrategien als Varianten imperialistischer Politik in der jüngsten Ausgabe der "darmstädter studentenzeitung" (Nr. 129) näher begründet und ausgeführt.

(3) K. Marx an D. Oppenheim vom 25.10.1842 in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 27, S.409 (keine Hervorhebg. im Original)

(4) F. Engels an die Redaktion der "Sächsischen Arbeiter-Zeitung" - in: MEW, Bd. 22, S. 69

(ein) starkes Mißverständnis der Anschauungsweise, die man zu vertreten behauptet, andererseits durch grobe Unbekanntheit mit den jedesmal entscheidenden historischen Tatsachen, drittens durch das ... Bewußtsein der eigenen unermeßlichen Überlegenheit" (4). Das Auftreten solcher Gruppen ist in der Geschichte der sozialistischen Bewegung allerdings nicht neu, und schon Marx verwahrte sich gegen solche 'Marxisten' als er über sie spottete: "*Ich weiß nur dies, daß ich kein Marxist bin*" (4).

So wurde von den ML-Genossen auf dem Teach-in im Zusammenhang mit einer Diskussion über die Indochinapolitik der Sowjetunion bzw. der Volksrepublik China eine Analyse der konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse in Vietnam - und das heißt allererst: der sie konstituierenden Klassenverhältnisse - ersetzt durch eine uneingeschränkte Verehrung der Volksrepublik China als dem Bollwerk des Sozialismus und des Friedens in der Welt, verbunden mit der Verdammung der Sowjetunion als Kumpan des Imperialismus, und vice versa, während ein weiterer Sprecher sich bemühte, das analytische Tohuwabohu um den Vorschlag einer Einheitsfront zwischen Moskau und Peking abzurunden.

Nun ist die Politik der Sowjetunion - um hier nur die eine Seite herauszugreifen -, die sich auf das Prinzip des proletarischen Internationalismus beruft, zweifellos in mancher Hinsicht fragwürdig, und dies nicht erst nach der von der "Frankfurter Rundschau" veröffentlichten TASS-Erklärung vom 6. Juni 72, wonach von Moskau die "*Bildung einer Koalitionsregierung in Südvietnam*" empfohlen worden sei, "*die aus Mitgliedern der jetzigen Regierung* (!) *und Angehörigen der provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams sowie anderen politischen und religiösen Persönlichkeiten des Landes bestehen*" sollte, weil "*eine solche Regierung den Wünschen des vietnamesischen Volkes entsprechen, und den Vereinigten Staaten einen ehrenvollen Abzug aus der selbst geschaffenen Sackgasse erlauben*" würde (5).

Allein: Um die Politik der Sowjetunion oder der Volksrepublik China gegenüber Vietnam bewerten zu können, reicht es nicht aus, Meldungen aus der "Prawda" oder der "Peking-Rundschau" unbesehen gegeneinander auszuspielen. Eine Beurteilung der sowjetischen und chinesischen Außenpolitik in Indochina setzt vielmehr voraus, daß man sich klar ist über die Klassenverhältnisse in Vietnam, über die Bedingungen des Befreiungskampfes und die Vorstellungen sämtlicher an ihm beteiligter Gruppen über die Zukunft Vietnams nach der Beendigung des Krieges. Denn mit dem Sieg des Befreiungskampfes über die Imperialisten werden die Schwierigkeiten erst beginnen, wird das augenblickliche Zweckbündnis von sozialistischen Revolutionären, religiösen Gruppen, Teilen der nationalen Bourgeoisie und anderen Gruppierungen mit der Erreichung des gemeinsamen Zwecks - dem Sieg über die amerikanischen Agressoren - auseinanderfallen, wird die geschlossene Front, der die Amerikaner sich heute noch gegenübersehen, aufbrechen unter dem Druck der unterschiedlichsten Interessen.

Diese Fragestellungen müssen Bestandteil einer Analyse des vietnamesischen Volkskrieges und einer sozialistischen Revolution in Indochina sein, und erst von hier ausgehend sind die chinesische und die sowjetische Außenpolitik gegenüber dem vietnamesischen Volk und den Vereinigten Staaten einzuschätzen: Welche Regierungskoalitionen für Südvietnam wird die Sowjetunion, wird China nach Beendigung des Krieges unterstützen und aufbauen helfen, welche zu verhindern suchen, soweit dies im Hinblick auf die Souveränität des vietnamesischen Volkes überhaupt möglich ist? Was werden die Sowjetunion und China unternehmen, bzw. unternehmen sie bereits jetzt, um die USA daran zu hindern, ihre Herrschaft über Indochina auch ohne unmittelbare militärische Anwesenheit über 'Aufbauprogramme' aufrechtzuerhalten, über einen Marshall-Plan für Indochina also, wie er in Washington bereits ausgearbeitet wird?

Bleiben diese und ähnliche Fragen aber offen, dann gerinnt jede politische Stellungnahme zur Politik der Sowjetunion oder der Volksrepublik China zum Bekenntnis für die eine oder andere Seite, zum lithurgischen Gebrabbel, wie es augenblicklich aus der ML-Ecke dringt. Die dialektische Methode "*in der Phrase anerkennen*", und sie "*in der Wirklichkeit, im einzelnen und auf jedem zur Untersuchung kommendem Gebiet durchführen, ist zweierlei. Geht man aber bei der Untersuchung von diesem Gesichtspunkt aus, so hört die Forderung nach endgültigen Lösungen und ewigen Wahrheiten ein für allemal auf*" (6).

III

Solche ewigen Wahrheiten und endgültigen Lösungen aber werden gerade von den ML-Gruppen angeboten, ob sie nun nach Moskau schauen oder nach Peking. Sie verweisen - eine jede von ihrem "ideologischen Standpunkt" aus - auf die "korrekte Linie" der chinesischen oder sowjetischen Kommunistischen Partei, um sich derart gerechtfertigt von der notwendigen Untersuchung der sozialen Situation

---

(5) "Frankfurter Rundschau" vom 7.6.1972, S. 2

(6) F. Engels, "Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie" - in: MEW, Bd. 21, S. 293

jetzt und hier in der Bundesrepublik als Voraussetzung für die Formulierung einer sozialistischen Strategie entlasten zu können.

Das heißt - und auch die Organisationsformen dieser Gruppen zeigen dies -, die Strategie wird von ihnen nicht aus den hiesigen Bedingungen entwickelt, sondern von anderswo kopiert, gleichsam als übergeschichtliche und deshalb ungedeckte Anleihe an die Geschichte der russischen oder chinesischen Revolutionen, als wären die historischen und gesellschaftlichen Bedingungen dieser Prozesse auch nur im entferntesten mit der westdeutschen Wirklichkeit vergleichbar.

Dessen ungeachtet wird den agitierten Arbeitern und Studenten das glückliche Leben in China vor Augen gehalten oder die sozialistischen Errungenschaften in der Sowjetunion - völlig unvermittelt mit der konkreten Situation der Angesprochenen hier in der Bundesrepublik, völlig unvermittelt mit deren Problemen und Bedürfnissen, deren Interessen, deren Erfahrungen, deren politischen Vorstellungen.

Ein antikapitalistisches Bewußtsein, das heißt der Wunsch nach der Erkämpfung sozialistischer Verhältnisse wird entgegen aller Wirklichkeit der arbeitenden Klasse als solcher zugesprochen, so daß die jeweilige ML-Gruppe dann nur noch den ihr genehmen bunten Katalog der Zukunft vorzulegen und aufzublättern braucht, die es nach ihrer Ansicht und unter ihrer "korrekten Führung" einzurichten gelte:
Wie die ML-Gruppen versuchen, der arbeitenden Klasse eine politische Organisation zu verordnen, statt die Organisation aus den Kämpfen selbst hervorgehen und ihre adäquate Form beziehen zu lassen, wie den Kämpfen also eine Partei übergestülpt werden soll, die freilich dann als Attrappe sich herausstellt - ebenso doktrinär soll auch von 'oben' den Arbeitern das "revolutionäre Programm" geliefert werden, das dann von 'unten' gläubig durchzuführen ist: "*Es ist selbstverständlich*", hört man von den KPD/ML-Strategen, "*daß es die Aufgabe der Grundeinheiten der Partei ist, sich vorwiegend mit praktisch-revolutionärer Tätigkeit zu befassen, während zum großen Teil die Aufgabe der zentralen Leitung ist, die Erfahrungen zusammenzufassen, Studien und Untersuchungen zur Strategie und Taktik zu unternehmen, am Programm zu arbeiten - kurz theoretische Arbeit zu leisten*" (7).

Hierdurch wird Theorie zur abstrakten Unterweisung, wird von einigen Besonderen vom Schreibtisch aus den anderen belehrend für die Praxis mitgeteilt, statt von denen entwickelt zu werden, die in die Auseinandersetzungen verwickelt sind und diese tragen und erfahren.

Gleichfalls außerhalb jeder Überlegung bleibt bei den ML-Genossen, daß die Überwindung des Kapitalismus nicht nur voraussetzt, daß die historischen Bedingungen hierfür vorhanden sind, sondern erst möglich wird, wenn diese revolutionär, das heißt bewußt, auf ein Ziel hin genutzt werden - "*die bloße Existenz objektiver Bedingungen (der) Möglichkeit ... reicht nicht aus: man muß sie 'kennen' und sich ihrer zu bedienen wissen, sich ihrer bedienen wollen*" (8). Bei der großen Masse der arbeitenden Klasse aber fehlt nicht nur das Wissen von der Möglichkeit den Sozialismus einzurichten, sondern auch das Bedürfnis, dies zu tun; es fehlt jenes "*enorme Bewußtsein*" (9), daß die kapitalistischen Verhältnisse nicht naturgegeben sind und unabänderlich, sondern ihrerseits Produkt historischer menschlicher Praxis und folglich hierdurch auch veränderbar.

Kurz: Eine historische Perspektive ist den Arbeitern noch oder wieder verstellt - nicht zuletzt aufgrund der bitteren Erfahrungen, die auf die gescheiterte sozialistische Revolution nach 1918 in Deutschland folgten, der antikommunistischen Hetze und Politik von 1933 bis heute, der vermeintlichen Krisenfestigkeit des westdeutschen Kapitalismus und seiner wirkungsvollen ideologischen Absicherung, schließlich der beständigen Ungewissheit vor der Zukunft, das heißt der Angst, es könnte nur noch schlechter werden.

Der verstellten sozialistischen Perspektive entspricht also jene - wie Marx es irgendwo nennt - "*geschichtslose Hoffnungslosigkeit*" der Arbeiter, wie sie letztlich aus den Bedingungen der Lohnarbeit selbst resultiert: der Zwang, in der Arbeit jeden Tag von neuem das Alte reproduzieren zu müssen, um sich selber reproduzieren zu können.

Diese geschichtslose Hoffnungslosigkeit muß zunächst aufgebrochen werden: Anhand einer materialistischen, an die täglichen Erfahrungen der Arbeiter anknüpfenden Analyse der bestehenden, von ihnen noch hingenommenen kapitalistischen Verhältnisse ist aufzuzeigen, wel-

(FORTSETZUNG AUF DER LETZTEN SEITE)

(7) "Die Etappen des Parteiaufbaus und die Aufgaben der KPD/ML", hrsg. vom "Zentralbüro der KPD/ML", Berlin (gemeint ist offenbar Westberlin!), 1971, S. 12 (keine Hervorhebg. im Original)

(8) A. Gramsci, "Philosophie der Praxis", Frkf. 1967, S. 160 (keine Hervorhebg. im Original)

(9) K. Marx, "Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie", Berlin (DDR), 1953, S. 366

KUNDGEBUNGS-BEITRAG 1

Was tagaus, tagein als "Freie Welt" und "Soziale Marktwirtschaft" uns angepriesen wird, zeigt in Vietnam seinen wahren Charakter:

Der Völkermord in Vietnam, verübt von den Vereinigten Staaten, ist eines der Instrumente des Imperialismus, der seine politischen Einflußsphären, die weitere Ausbeutung anderer Völker und ihrer Rohstoffquellen in der sogenannten Dritten Welt, sowie dort angelegte Kapitalien in dem Maße schwinden, bzw. in Gefahr geraten sieht, als die Befreiungsbewegungen in diesen Ländern einen immer erfolgreicheren Kampf gegen ihre Unterdrücker führen.

In Vietnam versuchen die Imperialisten seit Jahrzehnten den Befreiungskampf des Volkes gegen ausländische Besatzer niederzuschlagen - die Franzosen lösten die Japaner ab, die Amerikaner die Franzosen. Die Entwicklung des Krieges jedoch - insbesondere seit der massiven Agression der USA - zeigt die Aussichtslosigkeit solcher konterrevolutionären Versuche der Amerikaner, zeigt aber auch die Entschlossenheit Washingtons, keinen Moment davor zu zögern, diesen Krieg mit allen Mitteln zu führen, das heißt, jenes gespenstige Programm ablaufen zu lassen, das bereits in den sechsziger Jahren von einem hohen amerikanischen Offizier formuliert worden ist:

"Entweder ziehen die Vietnamesen die Hörner ein, und hören mit der Agression auf, oder wir werden sie in die Steinzeit zurückbomben."

Die Amerikaner bomben Vietnam in die Steinzeit zurück:

- Fast 7 Millionen Tonnen Bomben und andere Luftmunition haben die USA bis Ende 1971 auf Indochina geworfen - das heißt: Dreimal das Gewicht der Bomben, die während des gesamten zweiten Weltkrieges auf Europa, Afrika und Asien fielen;
- die systematische Ausrottung des vietnamesischen Volkes und seiner natürlichen Lebensbedingungen - so 40 % der Wälder durch den Einsatz von "Entlaubungsmitteln zur Schaffung freier Kampffelder" und anderer Chemikalien;
- die Verwüstung ganzer Regionen durch die unzähligen Bombenkrater, die das Land aufgewühlt haben, in denen sich Wasser angesammelt hat, so daß dieses Land für künftige Kultivierung unbrauchbar ist;
- die Vernichtung der Ernten und Äcker;
- die Bombardierung von Staudämmen und die vollständige Zertrümmerung ganzer Städte.

Das sind Tatsachen, die es niemandem möglich machen dürften, noch länger über diesen Krieg zu schweigen, oder sich als unparteiisch, sozusagen über den Fronten stehend aufzuspielen. Dies sollte vor allem jenen nicht möglich sein, die bei uns - allen voran die Bonner Parteien - scheinheilig von Frieden und Freiheit reden, um gleichzeitig in Vietnam und anderswo die Unterdrückung und Ausrottung ganzer Völker zu dulden oder sogar offen zu unterstützen. Jene Politiker, deren doppelbödige Argumentation sie von den Gefahren der Umweltverschmutzung reden läßt, die aber nichts dagegen tun, ja, dabei auch noch behilflich sind, daß eben diese natürlichen Lebensbedingungen und damit letztlich das Leben selbst hier bei uns von den kapitalistischen Konzernen und durch eine profitorientierte, menschenunwürdige Raum-, Stadt- und Sozialplanung zerstört werden, und - in freilich ungleich größerem Ausmaß - in Vietnam durch 'unsere' Verbündeten.

Diese Leute, die den Protest der sozialistischen Linken gegen diesen Krieg von jeher als Aufruhr oder ähnliches zu verteufeln suchen, unterstützt durch Hetztiraden der bürgerlichen Presse, diese Leute, die zu Vietnam schweigen oder diesen Krieg vielleicht auch noch rechtfertigen, haben jede Legitimation verloren, von Freiheit zu reden.

Nichts anderes gilt für jene Presse, die seit Jahren uns einreden will, der Krieg sei eine bedauerliche Fehlentscheidung der amerikanischen Regierung, habe mit dem kapitalistischen System aber und seinen sich zuspitzenden internationalen Schwierigkeiten und Widersprüchen nichts zu tun.

Wenn dann diese "Fehlentscheidungen" der Amerikaner als perfekter Völkermord sich offenbaren, dann werden allenfalls eine angegriffene Gesundheit oder eine schlechte Gesinnung einzelner Politiker bemüht:

Als Präsident Nixon 1970 den Einmarsch amerikanischer Truppen in Kambodscha anordnete, vermutete die liberale Presse psychologische Motive: Die "Frankfurter Rundschau" fragte besorgt, ob der Präsident die Nerven verloren habe. Und als Nixon im Frühjahr 1972 die Wiederaufnahme der Bombardierung Vietnams anordnete höhnten die bereits 1954 aus Vietnam gejagten französischen Imperialisten, daß Nixon wohl nichts aus der Geschichte gelernt habe.

Solche und ähnliche brüchigen Erklärungsbasteleien sehen bewußt davon ab, welches die sozioökonomischen, die politischen Hintergründe der amerikanischen Agression gegen das vietnamesische Volk sind, sehen schließlich davon ab, daß sich in den Vereinigten Staaten die Struktur- und Produktionskrisen zunehmend verschärfen, und daß Aufrüstung und Krieg schon immer bewährte Instrumente der Kapitalisten sind, solchen Krisen zu begegnen.

Die Aggression des amerikanischen Imperialismus und die weltweite konterrevolutionäre Rolle Washingtons und seiner Verbündeten ist kein tragischer geschichtlicher Zufall und schon gar nicht eine individuelle Fehlentscheidung Nixons oder seiner Administration. Diese Aggression - heute gegen die Völker Indochinas und morgen gegen die Südamerikas und Afrikas - ist das logische und unvermeidliche Resultat der Konzentration und Zentralisation des internationalen Kapitals. Unvermeidlich, ja gleichsam naturwüchsig solange, als die unterdrückten und ausgebeuteten Völker in der sogenannten Dritten Welt und in den "Mutterländern" hiergegen sich nicht erheben, und die gesellschaftlichen Wurzeln dieser Entwicklung nicht vertilgeln durch eine sozialistische Revolution. Che Guevara hat diesen Zusammenhang auf eine Formel gebracht, als er sagte:

"Die Revolution muß überall sozialistisch sein, oder sie wird letztlich nirgendwo sein!".

Der amerikanische Präsident und seine Berater haben aus der Geschichte der kapitalistischen Entwicklung gelernt, daß schließlich nur brutale Gewalt der Imperialisten gegen die von ihnen in Abhängigkeit gebrachten Völker verhindern kann, daß diese Völker sich von Fremdherrschaft und landeseigenen Kompradoren befreien. Blindwütige Gewalt ist immer schon das letzte Mittel der Imperialisten gewesen, zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft, wenn Manipulation, Korruption und scheinheilige Verhandlungsangebote hierfür nicht länger wirksam waren.

Unverblümt, weil der Öffentlichkeit zunächst nicht zugänglich, ist diese Taktik denn auch in den erst durch Indiskretionen 1971 bekannt gewordenen "Pentagon-Papieren" beschrieben. Dort heißt es unter anderem:

"Es muß durch Provokationsprogramme erreicht werden, daß Nord-Vietnam sich zu Gegenschlägen herausgefordert sieht und seinerseits mit Aktionen antwortet. Diese militärischen Aktionen Nord-Vietnams müssen als eine Begründung für eine Eskalation unsererseits dienen, falls wir die Eskalation wünschen. Sollten Verhandlungen zu einem für uns ungelegenen Zeitpunkt unumgänglich werden, so müssen die USA eine Verhandlungsposition beziehen, die für die Kommunisten unannehmbar ist. Auf diese Weise besteht die Möglichkeit, daß eine derartige Konferenz nach kurzer Zeit abgebrochen wird, so daß wir, um den Druck zu verschärfen, mit unseren militärischen Aktionen fortfahren können".

Auch dem letzten Zweifler sollte spätestens mit der neuerlichen Eskalation des Vietnamkrieges durch die Amerikaner diese makabere Logik der Erhaltung kapitalistischer Herrschaft klar geworden sein. Die Rede des amerikanischen Präsidenten, mit der er die Verminung der nordvietnamesischen Häfen und die Luftangriffe auf die Eisenbahnlinien zwischen der Volksrepublik China und der Volksrepublik Vietnam zu begründen suchte, beweist, daß diese Maßnahmen getroffen worden sind aufgrund kalter Berechnung eines Zynikers und seiner Berater, das heißt, eines Mannes, der sehr wohl weiß und einzuschätzen versteht, was er anrichtet und in wessen Interesse und auf wessen Kosten er handelt, ohne sich dadurch auch nur im Geringsten beirren zu lassen.

Oder wie anders als zynisch können die vom "Spiegel" zitierten Worte Nixons bei der Ankündigung neuer militärischer Maßnahmen gegen Vietnam interpretiert werden? Der Zyniker sagte:

"Während des gesamten Krieges in Vietnam haben die Vereinigten Staaten ein Maß an Zurückhaltung geübt, das in den Annalen des Krieges einmalig ist".

Kühle Berechnung eines zuverlässigen Buchhalters des amerikanischen Kapitals, der anders als die Kommentatoren der "New York Times" sehr wohl weiß, daß "in Vietnam greifbare Interessen des amerikanischen Kapitals auf dem Spiel stehen", und um welche Interessen hierbei es sich handelt:

Die jüngsten militärischen Erfolge der Befreiungsfront in Südvietnam gegen die amerikanischen Aggressoren und ihre Saigoner Statthalter haben den Pentagon-Strategen klar gemacht, daß das vietnamesische Volk entschlossen und eins ist, die US-Imperialisten aus dem Land zu werfen, und ihnen bei dieser Gelegenheit gleich die augenblickliche Saigoner Regierung wieder nach den USA mitzugeben, von wo sie ja auch eingesetzt worden ist.

Dieses Ende des Vietnamkrieges wäre aber auch der Anfang vom Ende der Anwesenheit amerikanischer Besatzertruppen in Südostasien! Und das wissen die USA.

Sie wissen, daß sie in Vietnam mit dem Rükken zur Wand stehen:

So sagte der ehemalige Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen in Südvietnam, General Westmoreland - der wohl besser Morewestland hieße:

"Der Verlust eines der Länder Südostasiens würde bedenkliche psychologische, politische und wirtschaftliche Folgen haben. Ohne wirksame und rechtzeitige Gegenmaßnahmen würde der Verlust auch nur eines einzigen Landes bei den übrigen Ländern dieser Gruppe wahrscheinlich relativ rasch zur Anpassung an den Kommunismus führen.".

Wie sich zeigt sind den Vereinigten Staaten jedenfalls und ihren Verbündeten diese Zusammenhänge bekannt, und eben diese Kenntnis läßt sie ihren Interessen entsprechend handeln. Die Ausweitung und Verlängerung des Krieges in Vietnam soll über die in diesem Land vertretenen und hier skizzierten Interessen hinaus, den mit den USA verbündeten Militärdiktaturen Vertrauen auf weiteren Schutz einflößen und bei den unterdrückt gehaltenen Völkern auch nur den Gedanken an Befreiung und Revolution im Keim ersticken, und schließlich die internationale antiimperialistische Front aufweichen und liquidieren.

Es ist an uns, diese Rechnung durchkreuzen zu helfen!

Gegenüber dem Imperialismus gibt es keine Neutralität - in diesem Kampf sind wir Partei. Wir stehen auf der Seite der vietnamesischen Revolutionäre und der anderen Befreiungsbewegungen in der sogenannten Dritten Welt, weil wir erkannt haben, was es mit der Freiheit der "Freien Welt" auf sich hat, weil wir sehen, daß dies tatsächlich die Welt einer besitzenden Minderheit ist, die auf Kosten der ausgebeuteten Mehrheit die Freiheit sich nimmt, und letztlich sogar mit Kriegen zu verteidigen sucht, diese Mehrheit in Unfreiheit zu halten.

Wir sind Partei, weil wir um die Zusammenhänge von Vietnam und Kapitalismus wissen, weil wir die Geschichte Vietnams kennen, und damit Fakten, die hier bei uns nicht genannt werden, hier bei uns, wo fatalerweise die öffentliche Meinung zumeist der veröffentlichten Meinung entspricht, geschichtliche Fakten, die eben deshalb nicht genannt werden, weil sie beweisen, daß es die Vereinigten Staaten waren, die Vietnam gespalten und den Krieg in das Land getragen haben, um den Süden sich als Kolonie zu erhalten:

Erinnern wir uns:

1954, nach der Niederlage der französischen Kolonialisten bei Dien-Bien-Phu wurde auf der in Genf einberufenen Indochina-Konferenz Vietnam in zwei Zonen geteilt - eine im Norden und eine im Süden - mit der Auflage, bis 1956 in diesen beiden Zonen freie Wahlen zur Wiedervereinigung des Landes durchzuführen. Diesem Abkommen stimmte die damalige Regierung Vietnams unter Ho Chi-Minh trotz ihrer Siegerposition zu. Allein die USA brachen diesen Vertrag - sie verhinderten freie Wahlen im Süden, indem sie das diktatorische Regiem Diem einsetzten, und dessen Herrschaft - und das heißt nichts anderes als die Herrschaft der USA über Vietnam - in wachsendem Maße militärisch sicherten.

Der damalige amerikanische Präsident Eisenhower wußte, was er veranlaßt hatte - in einer seiner Reden heißt es:

"Ich habe mit keinem gesprochen, dem die Verhältnisse in Indochina vertraut sind, und der nicht gesagt hat, daß in freien Wahlen mindestens 80 Prozent der Bevölkerung den Kommunisten Ho Chi Minh wählen würden".
Und eben dies wußten die USA auf ihre Art zu verhindern.

Nur nebenbei: Vietnam ist nicht das einzige Beispiel für die erfolgreichen Bemühungen der Vereinigten Staaten, Nationen zu spalten. Auch die jüngste deutsche Geschichte zeigt, daß es aufgrund geschickter Manipulationen von Presse und Parteien gelungen ist, die Spaltung des ehemaligen Deutschen Reiches als das Werk der Sowjetunion oder einer mysteriösen "Ulbricht-Clique" darzustellen.

Wohlweislich wird nicht davon gesprochen und auch nicht in den Schulen gelehrt, daß es die Westmächte USA, England und Frankreich in Zusammenarbeit mit den Spitzen der CDU waren, die unter Bruch des Potsdamer Abkommens die Währungsreform durchführten, den Separatstaat Bunderepublik Deutschland gründeten und zwar vor der Gründung der DDR. Nicht gesprochen wird davon, daß es die Sowjetunion war, die wiederholt freie Wahlen für ganz Deutschland unter der Aufsicht der UNO forderte, die verbunden sein sollten mit der Neutralität Deutschlands und seiner völligen ökonomischen Unabhängigkeit, Angebote, die im März 1952 und im Februar 1954 während der Berliner Viermächtekonferrenz von der Sowjetregierung unterbreitet wurden aber auf den heftigsten Widerstnad der Westmächte und der damaligen Bundesregierung stießen, weil diese die Eingliederung der BRD in das westliche NATO- und Wirtschaftssystem wünschten. (Die gesamten Protokolle über diese Vorgänge sind nachzulesen in: "Dokumentation zur Deutschlandfrage 1941 bis 1961", Bd. 1, Bonn-Wien-Zürich 1961, S. 138ff und S. 185ff)

Zurück zu Vietnam.

Dieses Wissen über die politischen Zusammenhänge des Krieges in Indochina aber ist unverbindlich, wenn es nicht auf ein Handeln zielt gegen die gesellschaftlichen Ursachen des erkannten Elends.

Solidarisierung mit den antiimperialistischen Befreiungsbewegungen muß heißen: Identifizierung!

Identifizierung mit den Zielen des jahrzehntelangen Kampfes des vietnamesischen Volkes gegen den Imperialismus, Identifizierung mit dem Ziel der sozialistischen Revolution, als erstem Schritt auf dem Weg zu einer menschlichen Gesellschaft.

Praktisch werden muß diese Identifizierung durch die Verstärkung unseres Kampfes und seiner besseren Organisierung gegen die kapitalistische Herrschaft hier in den Metropolen. Wir dürfen unsere Agitation und politische Praxis nicht allein und nicht länger von Empörung bestimmen lassen, sondern müssen sie in eine langfristige Strategie mit dem antiimperialistischen Kampf anderswo einbeziehen - hier in den Metropolen gilt es eine zweite Front gegen den Imperialismus aufzubauen!

Wenn wir heute für den Sieg des Befreiungskampfes der indochinesischen Völker demonstriert haben, so demonstrieren wir für Frieden in Vietnam, der als Freiheit von Unterdrückung und Ausbeutung erkämpft werden muß.

Ein Friede, der nur zu erreichen ist, wenn die US-Truppen und -Institutionen aus Vietnam geworfen worden sind, oder sich freiwillig zurückgezogen haben, das heißt, wenn der Befreiungskampf gesiegt hat.

Nur dann wird es gelingen, die Worte Nixons wahr zu machen, die dieser freilich anders meinte, als er zum Abschluß einer seiner letzten Reden predigte:

"Mit der Hilfe Gottes hoffen wir unser großes Ziel zu erreichen: Einen Frieden für Vietnam, der dauerhaft sein wird".

Der "liebe Gott" aber, den der bedrängte Nixon hier beschwört, ist nichts anderes als die von ihm verbrämte Tendenz der historischen Entwicklung, von der auch Nixon weiß, daß sie die Möglichkeit und Notwendigkeit der Aufhebung des Kapitalismus beschreibt - eine Tendenz aber, die solange nur Tendenz und damit für die Nixons ungefährlich bleibt, als es der internationalen revolutionären Bewegung nicht gelingt, dieser Tendenz zur sozialistischen Wirklichkeit und damit zur Wirksamkeit zu verhelfen.

Und: Dauerhaft kann der Frieden in Vietnam und anderswo nur sein, wenn es gelingt, den überkommenen und überfälligen Kapitalismus dauerhaft zu überwinden und ihn endlich allein zur Angelegenheit der Geschichtsschreibung zu machen.

Impressum:

Die "Beiträge zur Vietnam-Woche" werden als Extranummer der Darmstädter Studentenzeitung von der dsz herausgegeben, unter Redaktion des Vietnam Komitees und in Zusammenarbeit mit dem Asta der Technischen Hochschule

verantw. Friedhelm Ernst Druck: P. H. Reinheimer, Darmstadt 18.7.1972

Globalstrategie des Imperialismus

Die brutale Eskalation des Terrors der USA in Vietnam, der mit modernster Kriegmaschinerie und mörderischen Waffen (Napalm, Herbizide) betriebene Völkermord, stellt die Frage nach den dahinterstehenden Ursachen und Interessen:

Ist dieser Krieg die Verirrung einer zufällig herrschenden Machtelite?
Stehen besonders wichtige Rohstoffquellen und besondere Geschäftsmöglichkeiten hinter der Eroberungspolitik der USA?
Oder ist die US-Agression in Vietnam Teil einer militärischen Gesamtstrategie der USA, die sich aus verschiedenen Elementen zusammensetzt:

- Einem Plan der USA, ganz Südostasien zu kontrollieren, ein Gebiet mit über 20 Millionen Einwohnern und einer Fläche von ca. 2,5 Mio.
- Einem Plan der USA, ganz Südostasien zu kontrollieren, ein Gebiet mit über 20 Millionen Einwohnern und einer Fläche von ca. 2,5 Mio. Quadratkilometern (im Vergleich dazu: Das Gebiet der BRD mit ca. 300 000 qkm)
  Sowohl die potentiellen wie die existierenden Märkte und Rohstoffquellen in diesem Gebiet sind nicht nur für die USA sondern auch für das hochindustrialisierte Japan bedeutsam.
- Als militärische Basis für Lagerung von Waffen, Kriegsmaterial sowie die Stationierung von Truppen;
- Verwendung dieser Basen und Häfen in Süd-Vietnam als Machtfaktor zur Kontrolle von Südostasien und als Ausgangspunkt eventueller Landkriege gegen die kommunistischen Länder Asiens.

Doch diese Antworten bleiben an der Oberfläche und sind für sich allein auch falsch. Der Krieg in Vietnam muß vielmehr im Zusammenhang einer Globalstrategie des Imperialismus gesehen werden. Diese soll hier etwas näher untersucht werden.

Klassischer Imperialismus

Gehen wir zunächst von der klassischen Beschreibung des Imperialismus aus, wie er von Lenin in "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" (2) durch fünf grundlegende Merkmale definiert wird:

"1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen;

2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses Finanzkapitals;

3. der Kapitalexport zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung;

4. es bilden sich internationale monpolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und

5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet. Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jender Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausbildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist".

Weiter Lenin:

"Der Imperialismus erwuchs als Weiterentwicklung und direkte Fortsetzung der Grundeigenschaften des Kapitalismus erst auf einer bestimmten sehr hohen Entwicklungsstufe, als einige seiner Grundeigenschaften in ihr Gegenteil umzuschlagen begannen. Ökonomisch ist das grundlegende in diesem Prozeß die Ablösung der freien Konkurrenz durch die kapitalistischen Monopole. Die freie Konkurrenz ist die Grundeigenschaft des Kapitalismus und der Warenproduktion überhaupt; das Monopol ist der direkte Gegensatz zur freien Konkurrenz, aber diese begann sich vor un-

seren Augen zum Monopol zu wandeln ... Die Monopole beseitigen nicht die freie Konkurrenz, aus der sie erwachsen, sondern bestehen über und neben ihr, und erzeugen dadurch eine Reihe besonders krasser und schroffer Widersprüche ... Das Monopol ist der Übergang vom Kapitalismus zu einer höheren Ordnung".

'Neuer' Imperialismus

Mit dem Ende des zweiten Weltkriegs wandelte sich die Struktur des Imperialismus. Die traditionellen Zentren des Kapitalismus in Europa (England, Frankreich, Deutschland) und Asien (Japan) waren dem wirtschaftlichen Zusammenbruch nahe.
"Den USA stellte sich das Problem, die durch die riesigen militärischen rüstungswirtschaftlichen Anstrengungen geschaffenen Überkapazitäten auszunutzen und die in der Rüstungsindustrie und in den Streitkräften Tätigen in zivile Produktionsbereiche umzudirigieren." (5)
Zudem begannen in den meisten kolonialen und halbkolonialen Ländern unter dem Einfluß sozialistischer Kräfte wachsende Emanzipationsbestrebungen erstmals eine ernsthafte Bedrohung für die kapitalistischen Herrschaftsinteressen zu werden. (6)

Aus dieser Situation heraus übernahmen die USA die Initiative und machten sich in der Folgezeit durch wirtschaftliche und politische Anstrengungen, anfangs vor allem in Westeuropa, zur Führungsmacht des kapitalistischen Lagers.
Harry Magdorff (1) beschreibt den neuen Imperialismus, aufbauend auf der Lenin'schen Imperialismus-Theorie mit drei neuen Merkmalen:

"1. Den Übergang vom Kampf um die Aufteilung der Welt zum gemeinsamen Abwehrkampf gegen die Verkleinerung des imperialistischen Einflußbereiches.

2. Die Rolle der USA als Organisator und Führer des imperialistischen Weltsystems,

3. die Entstehung einer Technologie, die internationale Züge trägt".

Gegenüber der Zeit vor 50 Jahren, als Lenin sein Buch über den Imperialismus schrieb, ist die Internationalisierung des Kapitals beträchtlich fortgeschritten.

Die USA verwenden seit dem 2. Weltkrieg ihre finanzielle Macht zur Kontrolle anderer Länder in einer Weise, die keine historische Parallele hat. Exemplarisch für das Zusammenspiel von politischen und wirtschaftlichen Interessen ist die Errichtung von US-Banken in Saigon. Dazu schrieb die "Business-week" 1966:

"In unmittelbarer Nachbarschaft von GI-Bars nehmen sich die Dependancen der Bank of America und der Chase Manhatten Bank wie moderne steinerne Festungen aus, ... Sie sind speziell für Kriegsbedingungen gebaut - Glasziegel an Stelle von Fensterscheiben, Wände, die Minen und Granaten aushalten sollen. Ohne die massive Präsenz der USA in Vietnam würde es wahrscheinlich diese Banken nicht geben."

Ein wichtiges Element der internationalen Finanzpolitik war der Dollar als Leitwährung. *"Der zentrale Punkt des Netzes der ökonomischen Beziehungen zwischen den großen Industrienationen und zwischen ihnen und dem Rest der imparialistischen Welt liegt in der geballten finanziellen Macht des internationalen Kreditmarktes. Der Geldmarkt ist das Herz des kapitalistischen Systems. In den Industrienationen kann die finanzielle Macht der Banken und der anderen Institutionen des Kreditmarktes Zahlungsbilanzschwierigkeiten abfangen oder zumindest mildern ..." (1).*

Entwicklungshilfe

Entscheidend für die Weltmachtstellung der USA sind Privatinvestitionen im Ausland, Militärausgaben und Auslandshilfe.
J. F. Kennedy erklärte die Bedeutung der Auslandshilfe so:
"Die Auslandshilfe ist ein Mittel, mit dem die USA Einfluß und Kontrolle auf der ganzen Welt ausüben und viele Länder unterstützen, die sonst zusammenbrechen oder dem Kommunismus anheimfallen würden."

Paul M. Sweezy (4) stellt die Entwicklung der Metropolen und die Unterentwicklung der Länder der sogenannten Dritten Welt anschaulich dar:

"Die kapitalistische Entwicklung erzeugt zwangsläufig an einem Pol Entwicklung, am anderen Pol Unterentwicklung. Die entwickelten kapitalistischen Länder und die unterentwickelten Länder sind keine getrennten Welten; sie sind das Oben und Unten ein und derselben Welt. Somit ist der Begriff der 'Dritten Welt' irreführend: er sollte fallen gelassen werden.
Vor allem wird jetzt klar, wie absurd es ist, von den Beziehungen zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern zu erwarten oder zu erhoffen, sie würden zur Entwicklung der letzteren führen. Handel, Investitionen, Regierungshilfe: das sind im Gegenteil eben die Mittel mit denen die entwickelten Länder die unterentwickelten ausbeuten und in ihrem Zustand festhalten. Was den Handel betrifft, so haben das viele

Leute bereits durchschaut. Der Austausch von Rohstoffen gegen die Fertigwaren hat die Tendenz, sich selbst zu reproduzieren und zu perpetuieren, anstatt strukturelle Änderungen herbeizuführen."

Sweezy bringt zwei Beispiele:
"Im Zeitraum von 1870 - 1913 investierte Großbritannien im Ausland nach den anerkannten Quellen einen Netto-Betrag von 2,4 Milliarden Pfund. Das heißt, die Auslandsinvestitionen der Briten übersteigen die Investitionen von Ausländern in Großbritannien um 2,4 Milliarden Pfund. Auf den ersten Blick sieht es so aus, als hätte Großbritannien der übrigen Welt eine sehr ansehnliche Summe aus eigenen Ressourcen zur Verfügung gestellt ... Im selben Zeitraum betrug das Nettoeinkommen der Auslandsinvestitionen in Großbritannien 4,1 Milliarden Pfund. Eine Aufrechnung ergibt, daß das Geld mit der Rechten ausgegeben und mit der Linken wieder eingenommen wurde, nur daß es sich in der linken Hand um 70 % vermehrt hatte!! Wer hat also wem geholfen?

Oder nehmen wir die Praxis der USA seit dem 2. Weltkrieg. Die Zahlen, die sich mit jenen vergleichen lassen, die ich soeben für Großbritannien zitiert habe, sehen für 1950 - 1963 wie folgt aus:
Nettoabfluß von Kapital aus den USA:
17,4 Milliarden Dollar
Zufluß von Einkommen in die USA:
29,4 Milliarden Dollar.
Abermals stellt sich heraus, daß der Zufluß den Abfluß um fast 70 % überstiegen hat."
Sweezy führt weiter aus:

"Je mehr Hilfe, desto weniger Entwicklung. Die Gründe dafür sind vielfältig. Ein Großteil der Hilfe ist natürlich militärischer Art und dient angeblich der Verteidigung gegen das Schreckgespenst der kommunistischen Aggression, dabei weiß doch jeder Zehnjährige bereits, daß diese subventionierten Militärmaschinen in den unterentwickelten Ländern für das Gleichgewicht der Mächte in der Welt ohne jeden Belang sind und lediglich dazu dienen, repressive Regierungen in deren eigenen Ländern zu stützen. Aber davon abgesehen hat auch der größte Teil der reinen Wirtschaftshilfe nichts mit der ökonomischen Entwicklung zu tun. Ein großer Teil davon fließt in die Taschen korrupter Bürokraten und Beamten in jenen Ländern; ein weiterer Teil dient nur dazu, Schulden und Zinsen an die Banken des Landes abzuzahlen, das für die angebliche Hilfe gesorgt hat; fast nichts davon bleibt für die wirtschaftliche Entwicklung übrig.

Vor diesem Hintergrund wird auch klar, welche Bedeutung den sozialistischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts in Wirklichkeit zukommt. Sie sind nicht, wie uns bürgerliche Ideologen einreden wollen, eine Art von historischem Zufall, der auf Kriegswirren zurückgeht oder als Ausfluß der ideologischen Phrasen von Propheten namens Marx und Lenin zu verstehen ist. Historisch gesehen sind sie Ausdruck eines unvermeidlichen Kampfes, den die unterentwickelten Länder führen, um sich aus der Zwangsjacke zu befreien, in der sie seit ein paar Jahrhunderten gesteckt haben.
Als Gefangene des Systems können die unterentwickelten Länder nur weiteren Rückschritt produzieren. Nur außerhalb des Systems können sie damit beginnen, ihre Ressourcen für eigene Zwecke zu benutzen. Es gibt eine Menge Beispiele dafür, wie gegensätzlich sich Länder entwickeln, von denen das eine innerhalb, das andere außerhalb der Zwangsjacke des internationalen kapitalistischen System existiert.
- Länder, die zur Zeit, als das eine davon ausbrach, etwa den gleichen Entwicklungsstand hatten: China und Indien bieten sich als solches Paar geradezu an und sind wohl auch auf lange Sicht das wichtigste Beispiel.
Die beiden Korea sind ebenfalls ein beeindruckendes Beispiel. Ebenso die beiden Vietnam, wenn das Bild auch durch das massive Eingreifen der USA verzerrt wird. ...
In der westlichen Hämisphäre fällt der Kontrast zwischen Cuba auf der einen und dem restlichen Lateinamerika auf der anderen Seite stark ins Auge. Überall können wir diese Probe auf's Exempel machen, und mir scheint, die Lehre, die wir daraus zu ziehen haben, ist unmißverständlich."

Nach diesen Ausführungen entlarvt sich Kennedy's Erklärung zur Auslandshilfe von selbst:
"Die Auslandshilfe ist ein Mittel, mit dem die USA Einfluß und Kontrolle auf der ganzen Welt ausüben und viele Länder unterstützen, die sonst zusammenbrechen oder dem Kommunismus anheimfallen würden."

Rohstoffquellen

Die Abhängigkeit der industriellen Nationen von den Rohstoffquellen läßt sich an vielen Beispielen nachweisen. Exemplarischen Charakter hat Erdöl.
Nach einer Reihe verschiedener Quellen wird für die nächsten Jahrzehnte Erdöl der wichtigste Energielieferant für die Industrieländer bleiben; neben Kohle und Erdgas.

Die Bedeutung der Atomenergienutzung wurde in den letzten Jahrzehnten weit überschätzt. Die von Geologen geschätzten Erdölvorräte in der ganzen Welt liegen zu 79,5 % auf Gebieten der Entwicklungsländer (9). Diese Ressourcen lassen sich ohne aufwendige Vorinvestitionen durch Monopole ausschöpfen.

Eine der riesigsten, bisher kaum erschlossenen Erdöllagerstätten der Welt ist der gesamte Schelfsockel zwischen Indonesien im Süden, der Indochina-Halbinsel und der VR-China im Westen, den Phillippinen, Taiwan und Japan im Osten. Gerade auf diesem ganzen ost- und südostasiatischen Raum ist das Interesse der Erdölmonopole neuerdings konzentriert. Wenn man bedenkt, daß über 70 % aller amerikanischen Investitionen in den Ländern der Dritten Welt für Öl vorgenommen werden, wird es verständlich, warum es den imperialistischen Metropolen, allen voran den USA, darum gehen muß, "feindliche", das heißt einheimische Kontrolle über Territorien in dem gesamten Raum zu verhindern und eigens eingesetzte Marionettenregimes um jeden Preis zu stützten.

Ob Nixon vorgibt, die Freiheit, das heißt den Kapitalismus gegen den Kommunismus zu verteidigen oder Kriegsminister Helmut Schmidt auf seiner Reise im vergangenen Jahr in verschiedene südostasiatische Länder in Thailand öffentlich erklärt, daß Frieden in SO- und Ost-Asien im Interesse der BRD liegen; aus der zunehmenden Abhängigkeit der imperialistischen Metropolen vom Erdöl der Dritten Welt ist es offensichtlich, daß für sie die Aufrechterhaltung der Kontrolle über die unterentwickelt gehaltenen Länder in diesem Raum um jeden Preis notwendig ist.

'Militärhilfe'

"Militärhilfe" wird von den USA in zwei Arten geleistet: Die erste besteht in der direkten Mitwirkung der US-Streitkräfte auf dem Territorium des Klientelstaates. So gab es 1959 insgesamt 275 Hauptbasiskomplexe in 31 Ländern und mehr als 1400 ausländische Basen, die mit etwa 1 Mio amerikanischer Truppen bemannt waren. Truppeneinsatz im "Notfall" findet überall dann statt, wenn die amerikanische Regierung es zum Schutz oder auch zum Sturz des jeweiligen Regimes für notwendig erachtet - z. B.: Iran 1950, Korea 1950, Guatemala 1954, Haiti 1957, Libanon 1958, Kongo 1960, Thailand 1962, Panama 1964, Dominikanische Republik 1965, Laos 1959, 1962 und 1970, Kambodscha 1970, nicht zu vergessen natürlich auch Vietnam. Zusätzlich werden verschiedene Arten von Beratungs- und Ausbildungsmissionen bei den Streitkräften der Klientel unterhalten. Wie schnell und fast unmerklich die Ausbildungsmissionen in konterrevolutionäre Kampftruppen verwandelt werden können, hat das Beispiel Südvietnam gezeigt. (10)

Auf die Bedeutung der Rüstung und der Rüstungsforschung für das kapitalistische System selbst kann in diesem Rahmen nicht näher eingegangen werden.

Counterinsurgency

Gezielt setzt das Pentagon heute Wissenschaft und Technik ein, um Befreiungsbewegungen in aller Welt schon im Keime zu erkennen und dann zerschlagen zu können. "Counterinsurgency" (Aufstandsverhinderung)-Modelle ind Studien wie "Camelot", "Agile", "Spice-rack" etc. wurden bzw. werden produziert von Wissenschaftlern der "freien Welt", von Soziologen, Psychologen, Anthropologen, Ökonomen, Mathematikern, Physikern, Chemikern, Biologen, Geophysikern und anderen mehr. Das Ziel der US-Regierung ist deutlich: Mittels sozialwissenschaftlicher Programme soll jungen und unterentwickelt gehaltenen Staaten der Aufbau kapitalistischer Staatsapparate ermöglichst werden. Dabei ist die militärische Unterstützung zur Durchsetzung dieser Programme durchaus als entscheidender Faktor eingeplant. (3)

1964 entstand in "Special Operations Research Office" der Armee das Projekt "Camelot". Es sollte die größte und teuerste sozialwissenschaftliche Studie der Welt werden; zahlreiche Gelehrte der ganzen Welt waren als Mitarbeiter vorgesehen (11). Der Zweck der Studien sollte es letztlich sein, neue Möglichkeiten der Unterstützung der US-Armee bei ihren Missionen in Ländern der sogenannten Dritten Welt zu erforschen.

Das Projekt "Camelot" platzte ein Jahr nach seinem Beginn, als ein norwegischer Wissenschaftler aus Gewissensgründen aus seinem Vertrag ausstieg und geheime Unterlagen preisgab. Aber die konterrevolutionäre Arbeit geht weiter mit den gleichen Methoden.

Das neue, weltweite Anti-Guerilla-Forschungsprogramm des Pentagon heißt "Agile", dem Arbeitsfeld des Kriegsforschers und Inhabers des Lehrstuhls für Angewandte Physik Heini Fischers an der THD, das Projekt "cirad" untergeordnet war (12). Es steht heute fest, daß das von der "Advanced Research Project Agency" durchgeführte Projekt u. a. in Thailand die Aufgabe hat, sowohl technologische als auch sozioökonomische Untersuchungen vorzunehmen, um die Effektivität verschiedener Alternativen für Ati-

Guerilla-Methoden zu bewerten und Empfehlungen zu geben.

Die einzelnen Counterinsurgency-Projekte verfolgen alle dasselbe Ziel, nämlich soziale Unruhen in genau den Grenzen zu halten, die für die imperialistischen Interessen der USA akzeptabel sind, wobei die "subversiven Kräfte" selbstverständlich auszurotten sind.

Die US-Imperialisten sind bemüht, die Entwicklung ihrer Anti-Guerilla-Strategie und Taktiken mit aller Macht voran zu treiben.

Sie werden dabei unterstützt von einer großen Anzahl von Wissenschaftlern und Technikern überall auf der Welt, die sich größtenteils in ihrer wissenschaftlichen Borniertheit der mörderischen Folgen ihrer Arbeit gar nicht bewußt sind.

Unsere Solidarität mit dem Befreiungskampf in der unterentwickelt gehaltenen Welt muß darum verwirklicht werden durch permanente Aufklärungskampagnen und Aktionen gegen den Mißbrauch von Wissenschaft und Technik zum Zwecke der Konterrevolution.

Prinzipien des Imperialismus

Die Strategie des Imperialismus kann seine Methoden und Praktiken der jeweiligen Situation anpassen:

Die Expansionspolitik des Imperialismus bedurfte einer massiven Propagierung und Rechtfertigung durch eine Ideologie. Der ausgeprägte Antikommunismus war und ist die ideologische Waffe einer entsprechenden Politik der extremen und brutalen Reaktion gegen die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt. Antikommunistische Momente waren der imperialistischen Ideologie von ihrer Entstehung an integriert und fanden ihren politischen Ausdruck immer in Hetze und Gewalt, in der Diffamierung und Verfolgung von Angehörigen und Sympathisanten kommunistischer politischer Gruppen. (13)

Der Imperialismus kann von einer kapitalistischen Gesellschaft nicht gewählt oder abgelehnt werden: Er ist ihr "way of life". Die kapitalistischen Unternehmer und das kapitalistische System insgesamt sind darauf angewiesen, daß die Alternative der Auslandsinvestitionen und des Außenhandels erhalten bleibt. Das Prinzip ist wichtig, insbesondere für die USA.

Magdorff (1) beschreibt dies wie folgt:

"Die Politik der Staatsausgaben ist mit dem strengen Abwägen von Kosten und Nutzen nicht zu vergleichen, selbst wenn von manchen Regierungen der Anschein erweckt wird. Eine Regierung kann Milliarden ausgeben, um eine Bananenrepublik zu beherrschen, selbst wenn die erreichte Kontrolle lediglich Millionenprofite für ein oder zwei Unternehmen sichert. Die imperialistische Wirklichkeit geht über das unmittelbare Interesse des einzelnen Investors hinaus: Absicht ist, möglichst große Teile der Welt für den Handel und die Investitionen der großen internationalen Unternehmen offenzuhalten. Wenn alle diese Faktoren berücksichtigt werden, erscheint der Versuch, isolierte Aktionen "buchhalterisch" zu erklären, als sinnlos.

Kleine, profitarme südamerikanische Länder sind für die amerikanische Wirtschaft deshalb wichtig, weil die Kontrolle über ganz Südamerika von entscheidender Bedeutung ist. In diesem Zusammenhang dienen Kontrolle und Einfluß nicht nur dazu, die Enteignung von US-Kapital zu verhindern und das Land gegen soziale Revolutionen zu immunisieren, sondern sie sollen auch die Stimme dieses Landes in der UNO oder der OAS zur Aufrechterhaltung der US-amerikanischen Herrschaft sichern. In den Augen amerikanischer Regierungskreise sind Völkermord und Zerstörung in Vietnam und die großen Ausgaben dafür nicht mit profitablen Geschäftsmöglichkeiten ausgeglichen, eher werden sie nach dem Urteil von Politikern und Militärs als notwendig angesehen, um Asien bzw. Südostasien kontrollieren und beeinflussen zu können, damit dieses ganze Gebiet als Bastion des imperialistischen Systems, und insbesondere für die USA, erhalten werden kann.

Da der direkte Kolonialismus nicht mehr praktiziert werden kann- werden andere Methoden - neue wie traditionelle - gesucht und angewendet. Die USA haben darin die größte praktische Erfahrung, seit sie nach dem Ende des 2. Weltkrieges sich daran machten, das imperialistische System zu reorganisieren und zu beherrschen.

Traditionelle Mittel werden immer noch angewandt: etwa die Invasion oder andere militärische Zwangsmaßnahmen. Nur die Begründungen haben sich geändert. Eine allgegenwärtige Flotte und ein ausgedehntes Netz von Militärstützpunkten dienen dieser Methode.

Nicht ganz neue, aber in breiterem Rahmen und mit mehr Geschick als in der Vergangenheit angewandte Techniken sind:
- *Militärhilfe, um "zuverlässige" Regierungen gegen revolutionäre Entwicklungen zu schützen;*
- *Wirtschaftshilfe, um eine günstige Situation für den Kapital- und Warenexport zu schaffen;*

- *und schließlich Aktionen des allgegenwärtigen CIA.*

Das System von Bündnisverträgen und Kontrollmechanismen zementiert die ökonomische Abhängigkeit der unterentwickelten Regionen von der Metropole."

Wenngleich das System imperialistischer Ideologie so ungebrochen ist wie der Imperialismus selbst, so hat es doch den Anschein, als verliere die spezifisch antikommunistische Variante in jüngster Zeit immer mehr an Kraft und Farbe. Mit der Zuspitzung der Widersprüche des imperialistischen Systems im Kontrast und Zusammenhang mit dem nicht mehr wegzulügenden Fortschritt der sozialistischen Staaten und den Erfolgen der internationalen Befreiungsbewegungen gelingt es den Demagogen immer weniger, ihre Aufgabe durch Anwendung der antikommunistischen Formen zu lösen. Es zeichnet sich denn auch bereits eine neue Variante der Ideologie und Politik, in deren Kontext man die jüngsten Schritte der amerikanischen Politik sehen muß, ab.

Daß es einer neuen Ausprägung der imperialistischen Ideologie bedarf, als der militant- antikommunistischen, ist nicht nur daran abzulesen, daß die Hetztiraden, wie sie nach dem Kriege gängig waren, in letzter Zeit selten geworden sind. Das US-Regime vermied auch in anderen Bereichen, wie der Deutschlandpolitik oder den Salt-Gesprächen, eine Konfrontation mit der UdSSR. Nixons Reise nach Peking und Moskau, ebenso auch die Ostpolitik der BRD sind Signale für die neue Politik (14).

Hinzu tritt jedoch ein Aspekt, den schon E. Rostow nannte: Abwälzung der Verteidigungslast auf die Verbündeten; d. h., wenn die Globalinteressen der USA eine Investition notwendigt machen, so sollen die asiatischen Partner möglichst den "Blutzoll" der Verteidigung übernehmen, und sie auch formal vor der Weltöffentlichkeit so weit wie möglich selbst übernehmen.

Als Konsequenz des bisher Gesagten ergibt sich die unmittelbare Notwendigkeit der Unterstützung des Kampfes der Völker Indochinas durch die verstärkte Aufklärung und Agitation über den Charakter und Umfang der Verbrechen des Imperialismus, um der Demagogie und den Lügen der Imperialisten entgegenzuwirken und gerade dadurch zu versuchen, breites Bewußtsein über den imperialistischen Charakter des Krieges zu schaffen. Der Imperialismus hat gezeigt, daß er nicht vor der Vernichtung ganzer Völker zurückschreckt und auch nicht vor dem Einsatz von Atomwaffen.

Es gilt, die gesellschaftlichen und Klassenwidersprüche in den Metropolen so zuzuspitzen, daß das imperialistische System selbst gefährdet wird.

1966 sagte Fidel Castro in einer Rede:

"Die 70er Jahre werden das Jahrzehnt der Revolutionen sein. Denn in der heutigen Welt werden die Menschen anders reagieren als vorher: sie werden lieber an einer Kugel sterben als in langsamer Agonie verhungern."

---

(1) Harry Magdorff: "Das Zeitalter des Imperialismus" Ffm 1970
(2) W.I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus
(3) Jürgen Horlemann: Modelle der kolonialen Konterrevolution, Ffm 68, S. 189
(4) Paul M. Sweezy: "Die Zukunft des Kapitalismus" Beitrag des Kongresses "The Dialectics of Liberation" vom 15. - 30.7.1967 in London
(5) vgl. H. D. Boris: "Zur politischen Ökonomie der Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und westlichen Industrienationen" in Krippendorff: "Friedensforschung", Köln 1968
(6) vgl. P. A. Baran; P. M. Sweezy: "Monopolkapital" Ffm 67, S. 128
(7) Neues Rotes Forum, Nr. 1 1972
(8) Südostasienkorrespondenz, Dez. 71
(9) vgl. Das Argument, Nr. 53, S. 293
(10) Baran/Sweezy, S. 197 ff
(11) Horlemann, S. 155
(12) vgl. Materialien zur Rüstungsforschung, - Produktion und Imperialismus, Projektgruppe Technologie, Darmstadt
(13) dsz, Nr. 124, S. 12
dsz, Nr. 124, S. 23

'Entwicklungshilfe' der BRD

Die Entwicklungspolitik der BRD hat in den letzten Jahren mehrere Phasen durchlaufen.

Was für die Amerikaner die Dulles-Zeit,die Ideologie des Roll-back -- der Versuch den wachsenden kommunistischen Einfluß zurückzudrängen -- war, zeigte sich in der BRD im Konfrontationsdenken gegenüber der DDR.Die Abhängigkeit der Entwicklungshilfepolitik von den außenpolitischen Zielen des kalten Krieges wird in der Tatsache deutlich, daß die Entwicklungshilfe über das Auswärtige Amt abgewickelt wurde. In den Jahren 1955 bis 1965 war die deutsche Hilfe primär das Instrument der Hallstein-Doktrin. Die Geschichte zeigt, daß die diplomatische Anerkennung der DDR von seiten eines Entwicklungslandes zum sofortigen Stopp aller Entwicklungshilfe führte. Die entsprechenden Kabinettsbeschlüsse sind im Grundsatz heute noch gültig.
Die Entwicklungshilfe diente zweitens dazu, das Modell der sozialen Marktwirtschaft mit ihren Wertvorstellungen zu exportieren. Länder mit planwirtschaftlichem System bekamen damals keine Entwicklungshilfe.Die Beibehaltung der Hallstein-Doktrin erweist sich ab 1965 zunehmend als unhaltbar, da die BRD eine Position nach der anderen verliert. Die Große Koalition und die zunehmenden Bemühungen von seiten der Sozialdemokratie das Verhältnis zu den sozialistischen Staaten zu verändern verdrängen die Hallstein- Doktrin.

In dieser Zeit modifiziert sich die westdeutsche Entwicklungshilfe dahingehend,daß man Entwicklungshilfe begreift als:
1. Entwicklung für Absatzmärkte für die deutsche Industrie.
2. Als konjunkturpolitisches Steuerungsinstrument.

Dieses Primat auf außenwirtschaftlichen Zielen zeigt sich in der Auswahl der Länder die Entwicklungshilfe erhielten. Man unterstützte Staaten, die bereit waren, das Gesellschafts-und wirtschaftspolitische Modell der BRD zu übernehmen.

1968 unter Eppler versucht man die Akzente der Entwicklungspolitik zu verschieben, wie zum Beispiel die stärkere Verlagerung auf multilaterale Hilfe und die Erklärung, man wolle die Entwicklungspolitik von den belastenden aussenpolitischen und aussenhandelspolitischen Abhängigkeiten befreien. Bei genauerer Analyse der westdeutschen Entwicklungshilfe wird jedoch klar, daß 1955 und 1972 die gleichen Interessen vertreten wurden. Die angeblich neue Entwicklungspolitik ist lediglich weitsichtiger und flexibler, aber auch sie hat den Boden des kapitalistischen Wirtschaftssystem nicht verlassen.
Kurz, der Träger der Entwicklungshilfe ist das Privatkapital. Die öffentliche Hilfe hat lediglich für das Privatkapital stützenden und absichernden Charakter. Diese Politik gilt auch heute und wird durch verbale Behauptungen, die dies bestreiten, um kein Deut geändert. Dieses Primat auf der privaten Kapitalhilfe wird auch in absehbarer Zeit nicht geändert werden. Die augenblickliche Finanzplanung der BRD sieht zwar eine elfprozentige Steigerung des Entwicklungshilfehaushaltes pro Jahr vor, da aber das Bruttosozialprodukt in ähnlichem Umfang wächst, wird die BRD in Zukunft - gemessen am BSP - wahrscheinlich weniger für öffentliche Entwicklungshilfe ausgeben, als in den letzten Jahren.

Die Erkenntnis, daß Entwicklung sich nicht allein als wirtschaftliches Wachstum definieren läßt, sondern vor allem sozialstrukturelle Veränderungen verlangt, hat keinen Platz in der Entwicklungspolitik.
Entwicklungshilfe allgemein festigt den gesellschaftlichen Status quo in den Entwicklungsländern und dient den Kapitalinteressen der Geberländer. Die angeblichen Ziele der Hilfe, daß Entwicklung in Gang gesetzt werden soll, erweist sich als Phrase, solange das Weltwirtschaftssystem auf der Abhängigkeit und der Unterdrückung der Entwicklungsländer basiert.
Das soll jetzt an einem Beispiel konkretisiert werden.

Bis 1969 lieferte die BRD im Rahmen von "NATO-Verträgen" an Portugal über 50 Leichtflugzeuge zur Guerillabekämpfung Do-27 A-4, 20 Aufklärungsflugzeuge, 40 Düsenjäger G-91 und technisches Personal, 60 Sabre-Jets, eine Munitionsfabrik für Minen, gepanzerte Mercedes-Benz Lastwagen und 10000 israelische Maschinenpistolen. Willy Brandt meinte als Außenminister 1968 zur Lage in der portugiesichen Kolonie An-

gola: "... *Die politische Stabilität ist allerdings auf Gedeih und Verderb mit der portugiesichen Anwesenheit verbunden, sie hängt jedoch nicht ausschließlich von Portugal ab", wobei die BRD die Aufgabe hat, "ihre berechtigten Wirtschaftsinteressen auch südlich des Sambesi durch Unterstützung Portugals zu sichern."* (FAZ v.3.4.68)

Der Außenhandelsdienst meint zum gleichen Thema:

"Die Terroristentätigkeit im Norden und Osten des Gebietes darf nicht hinwegdiskutiert werden. Um diese Bewegung in Schach zu halten, werden immerhin 40 - 50000 Soldaten aufgeboten, wodurch sich wirtschaftlich ein neuerlicher dauerhafter Impetus ergab ... Der Küstenstreifen, in dem sich etwa 70-75% aller industriellen und bergbaulichen Wirtschaftsaktivität abpielen, dürfte jedenfalls, so wird glaubhaft versichert, auf Jahre hinaus zu kontrollieren sein, sodaß sich kein politisches Investitionsrisiko ergeben sollte." (Außenhandelsdienst v. 30.1.69)

In Angola sind 500 Mio. Tonnen Eisenerze entdeckt worden und größere Öllager. In Mozambique befinden sich reichhaltige Mineraliager - Eisen, Kupfer, Mangan, Nickel, Chrom, Asbest - und deutsche Firmen suchen hier wie auf dem gesamten Subkontinent nach Uran und Öl. Die Eisenerzlager werden von deutschem Kapital, dem Krupp-Konzern ausgeplündert. Die Firmen Siemens, AEG-Telefunken und Degussa sind an diesen Unternehmungen beteiligt.

Besonders nach der Krise 1966/67 hat sich das westdeutsche Kapital expandiert. Angola und Mozambique erhalten eine zunehmende ökonomische Bedeutung für die imperialistische BRD! Die Kolonialmach Portugal hat die Aufgabe, die Interessen des Kapitals militärisch zu sichern. Auf dieser Grundlage erhalten die beiden Staudammprojekte in Angola (Cuene) und Mozambique (Gove u. Cabora Bassa) eine zentrale Bedeutung. Die südafrikanische Elektrizitätsgesellschaft ESCOM wird bei den Projekten die Verteilung der elektrischen Energie verwalten. Durch die Ansiedlung von tausenden weißen Siedlern soll die weiße Herrschaft in Angola gefestigt werden. Das rassistische Regime der Südafrikanischen Republik plant, Angola und Mozambique unter seiner Führung in einen gemeinsamen südafrikanischen Markt zu integrieren und an der Bildung von rassistischen Siedlerregimes, wie z.B. Rhodesien mitzuwirken.
Die Bundesregierung schützt diese Beziehung beim Cabora-Bassa-Projekt durch eine 400-Millionen-Bürgschaft und einen 300-Millionen-Kredit.

Bei den Waffenlieferungen an Portugal wies die westdeutsche Regierung 1966 mehrmals darauf hin, daß die Flugzeuge als Hilfe mit der Auflage vergeben worden seien, sie nur für NATO-Zwecke zu verwenden. In Erklärungen des Bundesministers der Verteidigung ist dies nachzulesen. Es wird auch heute noch bestritten, daß die westdeutschen Lieferungen den Kolonialkrieg Portugals wirksam unterstützen. Die folgenden vier Gründe beweisen jedoch, daß es sich bei den Erklärungen um eine Verschleierung der tatsächlich betriebenen imperialistischen Politik handelt:

1. V o r Übergabe der Flugzeuge stellte das portugiesiche Außenministerium fest:
   "... *Der Transaktion wurde im Gebiet des Nordatlantikpaktes zugestimmt. Man kam überein, daß diese Flugzeuge nur für Verteidigungszwecke innerhalb portugiesischen Territoriums verwendet würden. Das portugiesiche Territorium erstreckt sich auf Afrika-Angola, Mozambique und Portugiesisch-Guinea."*
   Zu diesen Verlautbarungen schwieg die Bundesregierung.

2. Ein weiteres Faktum zeigt, daß die Bundesregierung wußte, daß die Waffenlieferungen für den Kolonialkrieg waren. 1965, ein Jahr vor dem Fiat-G 91-Geschäft hatte die Bundesregierung versucht 60 Düsenjäger an Portugal zu verkaufen. Dieser Verkauf scheiterte am Einspruch Kanadas, welches die Flugzeuge ursprünglich an die BRD geliefert hatte. Der Einspruch bezog sich auf den Verwendungszweck der Flugzeuge, die für NATO-zwecke bestimmt waren, und nicht für Portugals Kolonialkrieg. Dies wird noch durch die Tatsache unterstrichen, daß außer der BRD alle übrigen westlichen Länder einschließlich der USA sich weigerten den Portugiesen Kampfflugzeuge zu liefern, weil der Verwendungszweck zu offensichtlich war.

3. Die Bonner Erklärung, die Düsenjäger seien ausschließlich für NATO-Zwecke bestimmt, wird ferner dadurch nichtig, daß die portugiesischen Streikräfte gar keine Einheiten der NATO unterstellt haben, die diese Flugzeuge verwenden können.

4. Als der Verwendungszweck der Flugzeuge in Afrika bekannt wurde, reagierte die BRD nicht mit einem Embargo, sondern erweiterte vielmehr die Rüstungslieferungen.

Aus diesen Fakten kann nur gefolgert werden, daß die Kolonialkriegsführung Portugals willentlich unterstützt wird. Wem diese Politik dient, wird an einer Erklärung des Verbandes Deutscher Industrie (VDI) deutlich:

"... diese Kolonie schwimmt buchstäblich in Erdöl, Uran, Gold und seltenen Metallen, die nur auf ihre Förderung warten." (30.9.1971)

Zu dem Vorwurf der - auch von der Bundesregierung bejahten - UN-Resolution, daß *"gewisse Staaten ..., in Mißachtung der Resolution des Sicherheitsrates ... auch weiterhin mit den Regierungen Portugals und Südafrikas und mit dem illegal rassistischen Minoritätsregime von Süd-Rhodesien zusammenarbeiten, und damit fortfahren, die afrikanischen Völker zu unterdrücken"*

nimmt die Bundesregierung indirekt Stellung, wenn sie in einem Memorandum vom 11.8.1970 von dem Grundsatz ausgeht, daß *"man Handel und Politik grundsätzlich nicht miteinander koppeln solle und die BRD deshalb ihre Wirtschaftspolitik selbst zu solchen Staaten fortführe, mit denen sie erhebliche politische Kontroversen hat"*. Hier stehen die Interessen des Monopolkapitals dahinter, die über die Bundesregierung abgesichert werden.

Die militärische Zeitschrift "Wehrkunde" schreibt: *"Läßt man das laufend steigende Inlandsaufkommen an Altmaterial (Schrott usw.) außer Betracht, so erweist sich die BRD in einer Reihe wichtiger Rohstoffe als vollständig oder nahezu vollständig aif Einfuhren vom Ausland angewiesen."* Darunter fallen sämtliche auf dem Subkontinent vom westdeutschen Kapital ausgebeuteten Minerale und das ÖL.

Die Entwicklungspolitik soll hier lediglich eine geeignete Infrastruktur (Straßen, Eisenbahn uä) für die Investition des BRD-Kapitals schaffen. Die Kapitalhilfe durch die öffentlichen Gelder dient dazu, die privaten Kapitalien abzusichern und durch Subventionen noch günstigere Möglichkeiten für einen hohen Profit zu schaffen. Wesentlich dabei ist, daß die Gewinne sich ausschließlich die Kapitalien einverleiben, während - wenn das Projekt scheitert - das Risiko bei der öffentlichen Hand liegt. Es zeigt sich also, daß Entwicklungspolitik eine besondere Form imperialistischer Politik ist.

AUFTEILUNG DER SÜDOSTASIATISCHEN PROSPEKTIONSGEBIETE UNTER DIE ÖLFIRMEN

----- Grenzen der Konzessionsgebiete

* Gegenwärtig vorgenommene seismische Untersuchungen

Imperialismus und Ostpolitik

Die BRD hat ihren festen Platz im imperialistischen Weltsystem. Das drückt sich nicht nur darin aus, daß die Herrschenden und ihre Bonner Vertreter (aus welcher Partei auch immer) nicht daran denken, sich von der US-amerikanischen Indochinapolitik auch nur verbal zu distanzieren. Das kommt auch nicht nur darin zum Ausdruck, daß sie diese mörderische Politik sogar materiell unterstützen - sei es durch direkte Maßnahmen wie etwa die Ausbildung thailändischer Soldaten in der BRD, sei es durch die viel schwerwiegendere Subvention dieses imperialistischen Völkermordprogramms durch jährliche Milliardenzuwendungen an das Pentagon, die als "Devisenausgleich" kaschiert werden.

Der vorhergehende Beitrag sollte vielmehr aufzeigen, daß Westdeutschland über die vorbehaltlose und globale Unterstützung der US-amerikanischen Aussenpolitik hinaus durchaus einen eigenständigen Beitrag für die Verteidigung der Einflußsphären des Imperialismus und zur Zerschlagung von Befreiungsbewegunger in aller Welt leistet.

So bescheiden sich dieser Beitrag auch angesichts der weltweiten amerikanischen Interventionen ausnehmen mag:
Es müßte deutlich geworden sein, daß sich der Imperialismus der BRD zwar quantitativ und in den Formen, nicht jedoch in den Zielen von dem US-Imperialismus unterscheidet, der uns in Indochina Tag für Tag seine tödliche Logik demonstriert.
Er betritt die Bühne der Weltpolitik lediglich in anderen Gewändern: etwas geräuschloser, etwas biederer als sein "großer Verbündeter" und ohne dessen agressiv-selbstherrliche Pose des "Weltpolizisten". Das ist nun leicht erklärlich. Die Ursachen liegen nicht nur in der ökonomischen und militärischen Potenz sondern sind vor allem politischer Natur: Ein kapitalistischer deutscher Staat muß gegenüber anderen Ländern sehr viel vorsichtiger und zurückhaltender auftreten als die USA. Er muß sich hüten, unnötig Erinnerungen an seinen Vorgänger, den deutschen Faschismus, wachzurufen - Erinnerungen, die sicher alles andere als geeignet dazu sind, die Bundesrepublik als Vorkämpfer für Frieden und Freiheit auszuweisen.

Trotzdem ist der westdeutsche Anteil an der agressiven Politik des imperialistischen Blocks nicht zu unterschätzen, zumal er von Jahr zu Jahr bedeutender wird. Das konnte "Friedenskanzler" Willy Brandt seinem Kollegen Nixon kürzlich in seiner Rede am 5. Juni anläßlich des 25. Jahrestages des Marshall-Plans nochmals ausdrücklich versichern. Als *"eigentliche Gegenleistung"* für die großzügige Hilfe der USA bei der Restauration des Kapitalismus in Westdeutschland nannte Brandt die *"wachsende Fähigkeit, zur Partnerschaft und dazu, über die Regelung unserer eigenen Angelegenheiten hinaus, weltpolitische Verantwortung übernehmen zu können"*.

Halten wir fest: Den Formen der westdeutschen imperialistischen Politik sind - vor allem durch die Erfahrungen der Welt mit dem deutschen Faschismus - einige Grenzen gezogen. Die teilweise größere Zurückhaltung in den Mitteln der Politik, die wenigstens bislang festzustellen ist, ändert jedoch keinen Deut an der Agressivität ihrer Ziele.

Werfen wir an dieser Stelle einen Blick auf die "neue" Ostpolitik, so muß die Außenpolitik der BRD einen schizophrenen Eindruck erwecken: Unterstützung imperialistischer Kriege, faschistischer Machthaber und Militärregimes auf der einen Seite - Friedensbereitschaft, Verhandlungsangebote und "Übergang von der Konfrontation zur Kooperartion" auf der anderen.

Daher gilt es auch für die Aussenpolitik zu konkretisieren, was Oskar Negt vor wenigen Tagen beim Angela-Davis-Kongress andeutete, als er sagte, man müsse jetzt die Auseiandersetzung vor allem auch mit jenen Gewaltformen aufnehmen, *"die sich unter dem Deckmantel biederer Friedfertigkeit verbergen"*.

Imperialismus und sozialistische Länder

Konstitutiver Bestandteil des Kampfes der "Freien Welt" um Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Einflußbereiche ist seit dem Ausbrechen Rußlands aus dem imperialistischen Weltsystem mit der Oktoberrevolution eine agressive Polizik des Antikommunismus. Das Entstehen eines "sozialistischen Blocks" und damit die Möglichkeit einer Alternative zum Kapitalismus (vor allem für die Länder der "Dritten Welt") war von Beginn eine direkte Gefährdung des imperialistischen Systems. Die langfristigen Interessen des US-Kapitals verlangten daher nach dem 2. Weltkrieg die Errichtung einer globalen Front mit dem Ziel, den Sozialismus zurückzudrängen ("roll-back") und womöglich zu beseitigen. Auf den Marshallplan von 1947 folgte folgerichtig im April 1949 die NATO. Diese Politik wurde weitergetrieben mit der Errichtung eines weltweiten Systems von Militärpakten und -stützpunkten, die den sozialistischen "Block" einkreisten: Auf die NATO folgte die Gründung des Südost-Asien-Paktes (SEATO) und der Zentralen Pakt Organisation (CENTO) sowie des ANZUS-Paktes mit Australien und Neuseeland. Nocheinmal: Der Imperialismus kann seinen Kampf gegen die Verkleinerung seines Einflußbereichs nur erfolgreich führen im Zusammenhang mit einer agressiv gegen die sozialistischen Länder gerichteten Politik. Allein aus diesem Zusammenhang heraus ist die Politik des Westens gegenüber den Staaten des Warschauer Paktes zu verstehen: Es zeigt sich hier ein zweites Gesicht des Imperialismus, ein Gesicht, dessen Wandlung von der Politik der Stärke und des Kalten Krieges zu einer sogenannten Entspannungspolitik man uns gerade in den letzten Wochen als "Friedenspolitik" verkaufen wollte.

Welche Gründe gibt es nun für diesen Wandel in der Osteuropa_politik der USA zur "Ära der Verhandlungen", wie sie Nixon bezeichnet hat?

Zur Beantwortung dieser Frage muß von den Veränderungen in der weltpolitischen Konstellation ausgegangen werden, in der sich diese Politik entwickelt hat. Die USA als führende Macht des imperialistischen Blocks sieht sich seit Beginn der 60er Jahre angesichts des militärischen Potentials der UdSSR auf längere Zeit hinaus nicht mehr in der Lage, die "roll-back"-Strategie der Zurückdrängung des Sozialismus mit Hilfe militärischen Drucks, insbesondere des Mittels der atomaren Erpressung, durchzuführen. Damit wird auch die Drohung mit militärischer Gewalt, die Politik des Kalten Krieges, disfunktional. Deshalb wird - unter Beibehaltung des eigenen militärischen Potentials - die aktuelle Konfrontation abgebaut, in der Hoffnung, daß sich bei Nachlassen des äußeren Drucks das Lager der sozialistischen Staaten zersetzen wird.

Flexible Strategien der Ostpolitik

Auf die solcherart veränderten Kräftevernaitnisse antwortete der US-Imperialismus mit dem Amtsantritt John F. Kennedys (1960). Kennedy erklärte:

"Es hat sich gezeigt, daß wir nicht erwarten dürfen, daß die Freiheit (gemeint ist der Kapitalismus) *dort* (in den osteuropäischen Ländern) *durch eine drastische, gewaltsame Revolution hergestellt wird."*

Er forderte daher,

"unsere Regierung mit einer Reihe geschmeidiger wirtschaftlicher Vollmachten zur Unterstützung eines friedlichen Wandels hinter dem Eiseren Vorhang auszustatten."

Dem Konzept der Eroberung von außen folgt das der Eroberung von innen.

Diese Politik der "friedlichen Mittel", der Aufweichung des Sozialismus durch wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen wurde dann Ende der 60er Jahre präzisiert und ausformuliert. Im Januar 1968 legte Z. Brzezinsky, Direktor des Research Institute on Communist Affairs (!) und Berater Johnsons einen konkreten Siebenjahres-Plan über Ziele und Mittel der neuen Ostpolitik der USA vor. Er entwikkelt ein Konzept, das den ideologischen Zerfall des sozialistischen "Blocks" als Zielprojektion in die Offensivstrategie des Imperialismus miteinbezieht.

Was in der "Ära der Verhandlungen" durch Gespräche und Kooperation erreicht werden soll, beschreibt Brzezinsky etwa so:

"Die stärkere Beteiligung der osteuropäischen Staaten an institutionellen und multilateralen Formen der Kooperation mit einer integrierten westlichen Gemeinschaft würde also die Prozesse der inneren Evolution im Osten unterstützen, die alle zusammen die Herausbildung einer neuen politischen Haltung fördern würden."

Einen ähnlichen Effekt verspricht sich Brzezinsky von der Intensivierung des Ost-West-Handels, denn:

"Eine veränderte wirtschaftliche Betrachtungsweise könnte mit der Zeit zu einer veränderten politischen Betrachtungsweise führen."

Zentrale Voraussetzung für eine Entfaltung der Aufweichungsstrategie ist nach der Einschätzung Brzezinsky's die Deutschlandfrage und damit vor allem ein Umschwung in der Politik der westdeutschen Regierung:

"Wenn einmal die Deutschlandfrage nicht mehr so akut sein würde, und es nicht mehr so wichtig wäre, die doktrinäre Starre Ostdeutschlands aufrecht zu erhalten, so würde das Problem der Teilung Europas einer Lösung durch friedlichen Wandel eher zugänglich werden."

Daß gerade der Deutschlandpolitk in dieser Strategie der ideologischen Aufweichung große Bedeutung zukommt, hat auch Richard Nixon 1970 in seinem Konzept "Eine neue Friedensstrategie" betont. Er begrüßt es, daß die deutschen Verbündeten bereits Schritte zur Normalisierung ihrer Beziehungen zu den östlichen Nachbarn unternommen hätten, fügt jedoch hinzu, daß eine Änderung der Haltung der Sowjetunion nur dann von Wert sei, wenn sich in ihr eine Änderung des Denkens über die politischen Zielsetzungen (!) spiegele.

Die Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung muß zweifellos als Ausdruck dieses offensiven Verhandlungskonzeptes gesehen werden. Das Ziel, eben die Erosion des östlichen Lagers, kann dabei von Parolen wie "menschliche Erleichterungen" kaum verdeckt werden. Willy Brandt, dem der Nimbus eines Friedens-Nobelpreisträgers zur Bemäntelung seiner Ostpolitik gerade recht zustatten kommt, hat bereits im Januar 1965, damals noch als Regierender Bürgermeister,von West-Berlin, eine Veränderung der Ostpolitik in dieser Richtung vorgeschlagen. Er begriff die veränderte Situation etwas schneller als die "Volksvertreter" der CDU/CSU und erklärte:

"Für die nächste Periode erscheint es wünschenswert, die osteuropäischen Staaten in möglichst zahlreiche Kommunikationen zu verweben ... Esliegt im westlichen Interesse, die Eigenständigkeit der osteuropäischen Nationen zu unterstützen und es ihnen nicht schwer zu machen, ihren Handlungsspielraum zu nutzen ... Gerade auf diese Weise können Kräfte der Evolution ermutigt und gefördert werden."

Daß sich der Sozialdemokrat Brandt solcherart zum Sachwalter der langfristigen Interessen des Imperialismus machte, fand offenbar selbst die Zustimmung von Franz-Joseph Strauß, der zwei Jahre später in seinem Buch "Entwurf für Europa" in gleichem Geiste ausführte:

"Die kommunistische Welt befindet sich augenblicklich in einer internen Evolution. ... Es ist eine neue Mittelklasse von technischen Funktionären und Beamten entstanden. Sie haben eine neue Dynamik ausgelöst, die der Westen unterstützen sollte ... Die Verstärkung der Kultur- und Handelsbeziehungen mit diesen Staaten könnte solche Tendenzen fördern..."

Vor diesem Hintergrund hört sich die Äußerung des westdeutschen Außenministers Scheel anläßlich des Vertragsabschlusses in Moskau 1970 schon ganz anders an:

"Es werden keine Ansprüche aufgegeben, nur auf ihre gewaltsame Durchsetzung wird verzichtet."

Der Mythos der "Friedenspolitik", den vornehmlich die Sozialdemokraten um die Ostpolitik der Bundesregierung aufzubauen versuchen stellt sich somit als bröckelnde Fassade heraus:
Es handelt sich nicht nur um bloß selbstverständliche Zur-Kenntnis-Nahme von Realitäten, die der Ausgang des Zweiten Weltkrieges geschaffen hat. Vielmehr sind die Ostverträge eine zentrale Voraussetzung für die Durchführung eines in den letzten zehn Jahren entstandenen neuen Konzepts der antikommunistischen Außenpolitik der USA, die an Agressivität nichts eingebüßt hat, sondern lediglich ihre Methoden der neuen weltpolitischen Lage angepaßt hat.

Daß die sozialdemokratische Ostpolitik von Nixon nicht nur unterstützt wird, sondern mit den USA von langer Hand gemeinsam konzipiert worden ist, hat Willy Brandt in einem Interview mit der Stuttgarter Zeitung im April 1970 selbst ohne Umschweife bestätigt:

"Ich brauche ... nicht nach Amerika zu fahren, um mir, wie es manchmal heißt eine Rückendeckung zu holen. Es besteht nämlich völlige Übereinstimmung zwischen der amerikanischen Regierung und der Bundesregierung in diesen Fragen, also sowohl über die Ziele als auch über die Methodik unserer Gespräche mit Moskau, Warschau und Ost-Berlin."

Wer sich durch das penetrante Friedensbrimborium der sozialdemokratischen Regierung nicht den klaren Blick verstellen läßt, muß nüchtern sehen:
Nixon's B 52 und Brandt's Friedenstauben enstammen dem gleichen Schlag - dem Arsenal der imperialistischen Globalstrategie!

(Redaktionelle Anmerkung: Auf genaue Ausweisung der Zitate wurde verzichtet, da in der nächsten dsz, Nr. 129, zum Themenkomplex Friedenstrategien und neue Ostpolitik zwei Aufsätze erscheinen werden, die sich detaillierter mit diesen Fragen beschäftigen.)

KUNDGEBUNGSBEITRAG 2

Zweite Front gegen den Imperialismus

Die spektakulären Massenaktionen der Studentenrevolte, die gerade Vietnam zum Gegenstand der politischen Aufklärung und Praxis gemacht haben, sind seit geraumer Zeit abgeebbt. Gleichwohl haben große Teile der Studenten und der Schüler, aber auch Teile der Arbeiterjugend aus dieser Revolte und ihren Auswirkungen wichtige Erfahrungen und Erkenntnisse bezogen.

Die grundlegendste:

- daß dieses System nach wie vor ein kapitalistisches ist, und darauf aufbaut, daß eine Minorität, die Kapitalisten, die gesellschaftlich produzierten Reichtümer privat aneignet und privat darüber verfügt,
- daß es die herrschende Minorität ist, die Zweck und Inhalte der Produktion bestimmt, die Rationalisierung und differenzierte Lohn- und Zulagensysteme zur Steigerung ihrer Profite einführt, die Bildung und Wissenschaft allein unter Gesichtspunkten ihrer profitabelsten Verwertung betreibt.

Diese Revolte hat aber auch vielen die Erkenntnis vermittelt, daß allein die kontinuierliche Kleinarbeit in den Betrieben, Schulen, Hochschulen, Stadtteilen etc. die Grundlagen dafür schaffen kann, daß die Massen in die Lage kommen, ihre Bedürfnisse zu artikulieren, nicht mehr von der Vertretung ihrer Interessen durch korrumpierte Institutionen abhängig sind, sondern lernen, ihre Bedürfnisse und Interessen selber zu vertreten und dafür die organisatorischen Bedingungen zu schaffen.

Es war auch wesentlich diese Revolte gewesen, die uns die Erfahrung vermittelt hat, daß die Vereinzelung aufhebbar ist, daß solidarisches Handeln möglich ist. Wesentlich aus diesen Erfahrungen beziehen wir die Energie, den permanenten Anstrengungen des Systems, Solidarisierung zu zerschlagen, zu widerstehen. Die sich wieder neu entwickelnden Kämpfe in den Betrieben lassen diese Erfahrungen von neuem entstehen. Das drückte sich besonders in der Parole der Chemiestreiks im letzten Jahr aus: "Nur gemeinsam sind wir stark!"

Wenn wir heute einmal nicht die Konflikte in den einzelnen Bereichen, in denen wir arbeiten oder ausgebildet werden, in die Öffentlichkeit tragen, sondern für den Sieg der indochinesischen Revolution demonstrieren, dann wollen wir mit der Bekundung unserer Solidarität mit dem Kampf der indochinesischen Völker auch deutlich machen, daß wir einen Zusammenhang sehen zwischen ihrem Kampf dort und unseren Kämpfen hier.

Die Formen des imperialistischen Krieges der USA und die unmittelbaren Auswirkungen auf die Menschen in Indochina wurden im vorangehenden Beitrag verdeutlicht. Das was wir in der Fratze des Imperialismus als den massenhaften Einsatz modernster Vernichtungswaffen und in der Planung des voll automatisierten Schlachtfeldes sehen, ist nur das andere Gesicht des Systems, in dem wir hier leben. Nur deshalb, weil hier ein System funktioniert, in dem die Arbeiter gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um leben zu können, die Verfügung und Anwendung ihrer Arbeitskraft aber in den Händen und der Organisation der Kapitalisten liegt, nur deshalb, weil die Profitinteressen und die Interessen der Kapitalisten nach Vermehrung ihres Reichtums die Inhalte der Produktion bestimmen - und nicht die Bedürfnisse der Massen - nur deshalb kann dieser Krieg in Vietnam ermöglicht werden.

Hier in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern sind die arbeitenden Massen gezwungen, all die Mittel zu produzieren, mit denen das imperialistische System die Völker der "Dritten Welt" unter Kontrolle hält und wie in Indochina systematisch vernichtet. Aus der Produktion immensen Reichtums durch die Arbeiterklasse in den Metropolen bezieht der Imperialismus seine Stärke. Das System des Kapitalismus ist es, das die Bedingungen für den Krieg schafft und das den Drang nach immer weiterer Ausweitung der Absatzmärkte produziert, der letztlich zu solchen Kriegen führt, wie ir ihn in Vietnam sehen.

Diese Tatsachen verlangen von uns die Konsequenz, mehr zu tun, als für den Sieg der indochinesischen Revolution zu demonstrieren. Sie verlangen von uns die Konsequenz, den Kampf gegen dies System zu richten, dies System, ohne das ein Krieg in Vietnam nicht denkbar wäre. Dies ist der innere Zusammenhang zwischen den Befreiungskämpfen in Indochina und unserem antikapitalistischen Kampf hier in den Zentren kapitalistischer Herrschaft.

Der Imperialismus ist, so hat es Ho chi Minh oft verglichen, eine Krake mit zwei mächtigen Fangarmen. Mit dem einen beherrscht er die Arbeiterklasse in den Metropolen, mit dem anderen hält er die Völker der unterentwickelt gehaltenen Länder unter Kontrolle. Es reicht deshalb nicht, so hat Ho chi Minh gefolgert, daß in den Weltdörfern die kämpfenden Völker dem Imperialismus den einen Arm abzuhacken versuchen, weil er, solange er die Arbeiterklasse in den Metropolen beherrscht, noch immer genügend Kraft findet, daß dieser Arm wieder nachwächst. Die einzig erfolgreiche Strategie kann deshalb nur sein, den Kampf so zu organisieren, daß dieser Krake beide Arme abgehackt werden, das heißt: den Kampf der Völker in der "Dritten Welt" mit dem antikapitalistischen Kampf in den Metropolen zu verbinden.

Der Vietnamkrieg ist längst kein Vietnamkrieg mehr. Durch Bombenangriffe und Invasionen nach Laos und Kambodscha ist er längst zu einem Indochinakrieg geworgen. Aber die Bedeutung dieses Krieges reicht auch über diese Länder weit hinaus. Wesentlich daraus ist die Härte, mit der die USA diesen Krieg führen zu erklären: daß sie ein für alle Mal ein Exempel statuieren wollen, daß es keinem kleinem Land, unterentwickelt gehalten durch die imperialistische Unterdrückung, gelingen darf, sich von der Herrschaft des Imperialismus zu befreien. Denn nicht nur in Indochina kämpfen die Völker um ihre Befreiung, genauso im gesamten Südostasiatischen Raum, im Nahen Osten, in Afrika und in Latein- und Südamerika- All diese Befreiungsbewegungen sollen getroffen werden durch den Hagel von Bombenteppichen und anderen Vernichtungswaffen chemischer und biologischer Art.

Aber durch all diese Befreiungsbewegungen zieht sich ein Gedanke durch, der den Kampf vorantreibt: Sieg über den Imperialismus! All diese Befreiungsbewegungen sind miteinander verbunden über den Kampf gegen den gemeinsamen Gegner in einer antiimperialistischen Front der unterentwickelt gehaltenen Völker.

Es ist unsere Aufgabe hier, unseren Kampf in dem Bewußtsein zu führen, daß er sich einreiht in den weltweiten Kampf gegen den Imperialismus, den wir hier als einen antikapitalistischen Kampf führen müssen, mit dem Ziel, dieses System der kapitalistischen Produktionsweise abzuschaffen und in ein System der Organisation gesellschaftlicher Produktion und gesellschaftlichen Lebens durch die Massen selbst zu überführen.

Das heißt für uns, die zweite Front gegen den Imperialismus als antikapitalistische Massenbewegung in den Metropolen aufzubauen.

Kritik der RAF

Aus der Erfahrung mit der Gewalt dieses kapitalistischen Systems, wie sie sich abgesehen von Vietnam auch hier direkt nachvollziehbar ausgedrückthat in der Ermordung des Studenten Benno Ohnesorg 1967 und in dem von der Hetze Springers vorbereiteten Attentat auf Rudi Dutschke, ist eine Gruppe hervorgegangen, die besonders in den letzten Wochen spektakulär darauf hinzuweisen suchte, daß diese zweite Front gegen den Imperialismus aufgebaut werden muß. Die Rote Armee Fraktion wollte mit Bombenanschlägen auf Zentralstellen der amerikanischen Armee und auf Herrschaftsagenturen des westdeutschen Staates diesem "System den Krieg erklären" und deutlich machen, daß die US-Imperialisten"in der BRD kein sicheres Hinterland mehr haben sollen".

Zumindest zum zweiten läßt sich feststellen - die Ängste der führenden Armeestellen vor möglichen Aktionen in den Kasernen von GI-s selbst deuten darauf hin - daß zumindest die amerikanische Armee in den Bombenanschlägen eine Gefahr zu sehen scheint. So stabil ist dieses System aber noch - und das wurde gerade in den letzten Tagen deutlich (vor dem 2.6., für den in Stuttgart Bombendrohungen eingegangen waren) - daß die Verunsicherung und Bedrohung der Herrschenden immer noch wirksam als die Verunsicherung und Bedrohung der Massen uminterpretiert und über den verschärften Einsatz der Staatsgewalt manifest gemacht werden kann. Nun hat dem die RAF selbst mit dem Attentat auf das Springerhaus genügend Vorwand geliefert.

Wir denken aber nicht daran, opportunistisch in das Geschrei der herrschenden Klasse nach Verurteilung mit globalen Distanzierungen einzustimmen.

Wir haben und wir hatten mit dieser Gruppe und ihren Aktionen keine Verbindung, weshalb eine Distanzierung sich von vorneherein erübrigt. Worum es hier geht, kann nur eine politische Stellungnahme zu diesen Geschehnissen sein, eine Stellungnahme, die über all den Bewertungen der Aktionen dieser Gruppe nicht vergessen darf, auf die Gewalt hinzuweisen, die seit Jahren von Seiten der Springer-Presse gegen Sozialisten und Demokraten, gegen streikende Arbeiter, Bürgerinitiativen und andere nicht systemkonforme Gruppen in Form von Meinungsmache, Volksverhetzung und Aufruf zur Lynchjustiz begangen wird und wurde.

Auch ist die Gewalt, die sich in den zentral organisierten Fahndungsmanövern geäu-

ßert hat, langfristig ungleich schwerwiegender, als die Gewalt gegen den Kriegsverbrecher Bloomquist in Frankfurt, eingedenk auch dessen, daß solche Bomben außerdem nicht annähernd eine adäquate Antwort auf den Terror sein können, den der Imperialismus in Vietnam veranstaltet.

Der Staatsgewalt haben die Bombenanschläge als Vorwand gedient für die Zentralisierung der Staatsgewalten, Polizei, Bundesgrenzschutz und zivile Dienststellen - zunächst in einem großangelegten Fahndungsmanöver. Gleichwohl sind die Bombenanschläge nicht der Grund für die Militarisierung.

Schon vor der letzten Eskalation der Aktivitäten der RAF wurden gemeinsame Manöver von Bundesgrenzschutz und Polizei durchgeführt. Schon vorher waren Pläne ausgearbeitet, die Polizeitruppen der BRD bis 1974 zentral zu organisieren. Den Inhalt der Polizeimanöver, sowie den Grund für die Militarisierung stellen die Erwartungen der herrschenden Klasse, daß sich bis spätestens 1974 umfassende wilde Streikbewegungen aus den Betrieben heraus entfalten werden, für deren Zerschlagung schon heute die Waffen geschmiedet werden sollen.

Mit welchen Mitteln auf der Gegenseite gearbeitet wird, zeigen gerade die Stuttgarter Ereignisse. Obwohl die Bombendrohungen, die dort einen Charakter des direkten Terrors gegen die Massen gehabt haben, erklärtermaßen nicht von der RAF kamen, wurden sie ihr faktisch in die Schuhe geschoben. Der angedrohte Terror gegen die Massen soll deren Loyalität mit dem System und seinen Fahndungs- und Militarisierungsanstrengungen sichern. Werden aber Energien aufgebracht, um die Stuttgarter Bombendrohungen, rechten Terror, aufzuklären?

Um den Zusammenhang weiter zu verdeutlichen, in welcher Breite solche Tricks wie in Stuttgart angewandt werden, ein Beispiel aus Darmstadt:

Im Wahlkampf um die Betriebsratswahlen bei Merck wurde von der reaktionären bisherigen Betriebsratsclique, die um ihre Betriebsratspöstchen fürchtete, eine beispiellose Hetze gegen die Linke entfaltet. Die Hetze drohte aber ins Leere zu stoßen, da nichts den Anlaß gab, von der angeblichen linksradikalen Unterwanderung der IG-Chemie-Liste sprechen zu können. Deshalb wurden von den Reaktionären selbst oder von irgendwelchen Verbündeten gefälschte Zeitungen nach dem äußeren Vorbild linker Betriebszeitungen herausgebracht, die die linksradikale Unterwanderung der IG-Chemie-Liste endlich"beweisen" und die verunsicherten Arbeiter und Angestellten den Reaktionären in die Arme treiben sollten.

Obwohl eine Reihe Indizien bestehen, die über die Verfasser genau Auskunft geben könnten, ist die Sache nicht aufgeklärt und man munkelt, daß die Ermittlungen eingestellt werden sollen.

Hinter der Verteufelung der Linken unter dem Vorwand der Fahndung nach Baader/Meinhof müssen wir heute die Entfaltung eines ungeheuren Gewaltpotentials der herrschenden Klasse in der BRD sehen, die auf eine Faschisierung hinausläuft, wie sie heute in den USA schon manifest ist. Die sich in den letzten Monaten häufende faktische Praktizierung der Todesstrafe durch Schießereien aufgehetzter Polizisten und Bürgerwehren in den Straßen sprechen eine deutliche Sprache. Nur zwei Beispiele aus den letzten Tagen, denen z zahlreiche vorangegangen sind: In Berlin wurden am 2.6. zwei junge Männer durch Polizeikugeln schwer verletzt, die sich an einem PKW zu schaffen gemacht und angeblich "eine drohende Haltung eingenommen haben" (Polizeibulletin) Am 1.6. wurde in Frankfurt ein schwarzer amerikanischer Soldat von Polizisten auf der Straße erschossen.

Wie gesagt, Baader/Meinhof dient als Vorwand für die Formierung staatlicher Gewalt. Sie sind nicht die Ursache. Ihre Strategie der Stadtguerilla ist praktisch als falsch und gefährlich kritisiert worden. Denn die "Fanale" geben den Massen nicht die Möglichkeit, sich zu solidarisieren, sie schaffen nicht den massenhaften antiimperialistischen Kampf, den die Völker Indochinas brauchen. Sie geben der herrschenden Klasse nur den Vorwand, offen und präventiv die notwendige zweite Front gegen den Imperialismus zu zerschlagen - ehe sie überhaupt schlagkräftig aufgebaut wird.

Deshalb heißt unsere Strategie nicht, mit Bomben das Hinterland des Imperialismus zu verunsichern. Unsere Perspektive des antiimperialistischen Kampfes muß sich in der täglichen und hartnäckigen Kleinarbeit verwirklichen, die wir in den Betrieben, in den Stadtteilen, in den Schulen, Hochschulen und den anderen noch meist voneinander isolierten Praxisbereichen durchführen.

Aber unsere Perspektive reicht über den Rahmen dieser kontinuierlichen Kleinarbeit hinaus. Wir machen diese politische Arbeit in dem Bewußtsein, daß wir uns als Teil einer weltweiten antiimperialistischen Bewegung verstehen, daß es einen inneren Zusammenhang im Kampf der indochinesischen Völker und unserer Arbeit hier gibt, daß dieser Zusammenhang vermittelt ist über den gemeinsamen Gegner,den Kapitalismus und Imperialismus. Wir machen diese politische Arbeit aus der Erkenntnis, daß es die Verwertungsinteressen des Kapitals sind,die sich in der Spaltung der Arbeiter durch differenzierte Lohnsysteme, in der Technokratisierung der Ausbildung und in der "Sanierung" der Wohnviertel ausdrücken, daß es dieses kapitalistische System ist, das das

physische Elend in der "Dritten Welt" produziert und das psychische Elend in den Metropolen, dessen Ausdruck wir auch in der hilflosen Welle von leeren Bombendrohungen, in den steigenden Selbstmordraten, in ständig wachsender Kriminalität sehen. Unsere Perspektive heißt: Weg mit diesem System!

Bauen wir deshalb die zweite front gegen den Imperialismus in den Metropolen auf!

(FORTSETZUNG VON SEITE 4)

che noch unverwirklichten Möglichkeiten einer besseren, menschlicheren Gesellschaft die vorhandenen Verhältnisse bereits beinhalten, Tendenzen, die darauf 'warten', endlich durch ihre Realisierung wirksam, vollendete Tatsachen zu werden.

Anstatt jedoch aus der Marx'schen revolutionären Theorie die konkrete, handlungsverbindliche Theorie der Revolution hier für die Bundesrepublik zu entwickeln, erstarrt bei den ML-Gruppen die Marxsche Theorie zu einer Weltanschauung, zu einem Dogma, das dann nur noch auf 'Fälle' schematisch 'angewendet wird; 'linke' Bekenntnisse stehen an der Stelle materialistischer Erkenntnisse.
Anstatt über eine konkrete, mit den Erfahrungen der Arbeiter vermittelte Kritik der kapitalistischen Verhältnisse als deren bestimmte Negation die sozialistischen zu begründen, verweist man die Arbeiter auf den Sozialismus in China oder der Sowjetunion.

Wird aber die sozialistische Perspektive, die es zu entfalten gilt als erborgtes Bild einer Zukunft den Erfahrungen der Arbeiter gleichsam aufgesetzt, so bleibt sie - bzw. richtiger: wird sie Utopie und löst das resignierte Einverständnis mit dem Vorhandenen nicht auf. "*Ist die Konstruktion der Zukunft und das Fertigwerden für alle Zeiten nicht unsere Sache*", schrieb Marx, "*so ist desto gewisser, was wir gegenwärtig zu vollbringen haben, ich meine die rücksichtslose Kritik des Bestehenden, rücksichtslos sowohl in dem Sinn, daß die Kritik sich nicht vor ihren Resultaten fürchtet, und ebensowenig vor dem Konflikt mit den vorhandenen Mächten. ... Wir treten dann nicht der Welt doktrinär mit einem neuen Prinzip entgegen: 'Hier ist die Wahrheit, hier kniee nieder!'. Wir entwickeln der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien*" (10).

Oder mit anderen Worten: "*Die Vernunft hat immer existiert, nur nicht immer in der vernünftigen Form. Der Kritiker kann also an jede Form des theoretischen und praktischen Bewußtseins anknüpfen und aus den eigenen Formen der existierenden Wirklichkeit die wahre Wirklichkeit als ihr Sollen und ihren Endzweck entwickeln*"; denn es ist "*gerade der Vorzug der neuen* (dialektisch-materialistischen)*Richtung, daß wir nicht dogmatisch die Welt antizipieren, sondern erst aus der Kritik der alten Welt die neue finden*" (10)

Die sozialistische Perspektive ist somit allenfalls "konkrete Utopie", nicht dogmatische Antizipation des Künftigen und Anzustrebenden, sondern mit den vorhandenen gesellschaftlichen Umständen vermittelte und aus ihnen zu vermittelnde Antizipation - "*die höchsten Ideale (sind) keinen roten Heller wert, solange man es nicht versteht, sie unlöslich mit den Interessen derer zu verschmelzen, die den ökonomischen Kampf austragen ... mit den 'beschränkten' und kleinen Alltagsfragen*" (11).

Worauf es also nach wie vor ankommt: revolutionäre Realpolitik, ist nicht eine Politik des 'Alles-oder-Nichts-Sagenden' wie bei den ML-Gruppen, aber auch kein blanquistisches 'Alles-oder-Nichts-Wollen' wie es die Gruppe um Ulrike Meinhof und Andreas Baader vorgeführt hat. Die Praxis solcher "*Verbesserer auf eigene Faust*" (12) mündet in Opportunismus oder entfernt sich - im anderen Fall - von der gesellschaftlichen Erfahrung der arbeitenden Klasse. Solche Praxis ist Praxis ohne Dialektik, ist ohnmächtiger Hau-Ruck-Marxismus: Sie verweist nicht aus der Kritik der bestehenden Verhältnisse auf die möglichen und deshalb notwendigen sozialistischen, negiert nicht bestimmt, sondern "nackt" (Lenin).

Revolutionäre Realpolitik hingegen ist politische Praxis, die an die vorhandenen, unabgeschlossenen objektiven und subjektiven Bedingungen im Hinblick auf die ihnen immanenten revolutionären Möglichkeiten anknüpft.

In diesem Sinne sind die zweifellos noch sehr unverbindlichen Bemerkungen in einigen der folgenden Beiträge über die langwierige und zähe Arbeit in den Hochschulen, den Betrieben, den Stadtteilen und Schulen zum Aufbau einer 'zweiten Front' gegen den Imperialismus zu diskutieren und in organisierte Praxis umzusetzen.

---

(10) K. Marx, "Briefe aus den 'Deutsch-Französischen-Jahrbüchern'" - in: MEW, Bd. 1, S. 344ff (keine Hervorhbg. im Original)

(11) W.I. Lenin, "Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung" - in: Lenin-Werke, Bd. 1, S. 403

(12) B. Brecht, a.a.O., S. 460